

Die Blockade gegen Kuba ist eine Verletzung des internationalen Rechts

• FÜR die US-Regierung hat es bei ihren Versuchen, die Feindseligkeit gegen Kuba zu steigern, keine Grenzen gegeben. Dies erklärte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla im UN-Hauptquartier.

Ein paar Stunden, bevor die UN-Generalsversammlung zum 27. Mal über die Resolution gegen die Blockade abstimmen lässt, prangerte Rodríguez an, dass die US-Delegation die Vollversammlung gezwungen habe, sich zu acht Änderungsanträgen zu äußern, die alle aggressiv gegen Kuba sind und die Sache der Menschenrechte und der Ziele der nachhaltigen Entwicklung manipulieren.

Der Außenminister sagte, es gebe andere Organe und Gremien der UNO, in denen ein Gespräch über Menschenrechtsfragen angebracht wäre, und dass das US-Außenministerium nicht wie in den vergangenen Jahren einen kurzen Abstimmungsakt ermögliche, sondern den Prozess erschweren wolle. Aus diesem Grund werde - anders als in den vorangegangenen Jahren - in der Vormittagssitzung des 31. Oktober in der Generalversammlung nur eine Debatte über die von Kuba vorgelegte Resolution stattfinden und die Reden der Ländergruppen und Mitgliedstaaten angehört werden, während die eigentliche Abstimmung am 1. November stattfindet.

Er erinnerte daran, dass die Blockade eine Verletzung des Völkerrechts ist, die international anerkannten Handelsnormen verletzt und darüber hinaus einen Akt der Aggression und des Wirtschaftskrieges darstellt. Der kubanische Außenminister wiederholte, es werde versucht, die Situation der absoluten und tiefgreifenden Isolation der US-Re-



Die jungen Kubaner sagen ebenfalls NEIN zur Blockade

gierung in Bezug auf Kuba und die überwältigende Ablehnung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu kaschieren und einen Vorwand für deren Verschärfung zu schaffen.

„Wir sind uns sicher, dass die Änderungsanträge abgelehnt werden und die Resolution wie in der Vergangenheit eine überwältigende Mehrheit der Stimmen erhalten wird“, schloss er.

WURUM GEHT ES BEI DEN ACHT VON DEN USA VORGESCHLAGENEN ÄNDERUNGEN UND WAS IST DIE ANTWORT KUBAS?

Die Ständige Vertretung der USA bei der UNO hat acht Änderungsanträge zur Resolution der Verteilung der Blockade in Umlauf gebracht, die im Wesentlichen Aspekte im Zusammenhang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda

2030 der UNO und Elemente der Menschenrechte umfassen.

Den Erklärungen des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez vom 25. Oktober zufolge besteht das Ziel diese Änderungsvorschläge darin, „Änderungen in der Menschenrechtslage in Kuba zu bewirken“.

„Es ist ein diplomatisches Manöver der US-Regierung, das darauf abzielt, die Blockade zu rechtfertigen, die die gesamte kubanische Nation bestraft. Es verwendet unwahre Vorwürfe, die angeblich die Sache der Menschenrechte betreffen. Es ist ein Manöver zur propagandistischen Zwecke, verfolgen, darauf gerichtet, die öffentliche Meinung und selbst die der US-Amerikaner zu manipulieren.“

Der kubanische Außenminister schlug vor, dass die USA, wenn sie eine ernsthafte Diskussion über das Thema der Ziele für nachhaltige Ent-

wicklung wünschen, sei es in einem bilateralen oder multilateralen Format, über einige der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung diskutieren sollten, wie jene, die sich auf die Förderung des Wohlbefindens für alle Altersgruppen beziehen, auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen, die Verringerung der Ungleichheit in und zwischen den Ländern, die sichere und ordnungsgemäße Migration durch Umsetzung einer geplanten und gut geführter Migrationspolitik, die Verabschiedung dringender Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen sowie die Stärkung der Mittel zur Umsetzung und Wiederbelebung der Weltallianz für nachhaltige Entwicklung. Kuba habe seine Bereitschaft dazu wiederholt bekannt gegeben.

HINTERGRUND

→ **14. April 2005:** In der Menschenrechtskommission wurde, wie es schon seit zwei Jahrzehnten üblich war, eine Resolution verabschiedet, die Kuba isoliert heraus hob, verurteilte und in der Frage der Menschenrechte zutiefst verurteilend war. Sie geriet in einen unerträglichen Kontrast zu einer Resolution, die eine Woche später, am 21. April 2005, von Kuba vorgelegt wurde.

→ **7. November 2006:** Die USA beabsichtigten, eine Änderung zur Resolution gegen die Blockade Kubas, die die Generalversammlung in jenem Jahr verabschiedete, einzubringen. Ein Antrag auf Nichtannahme des Änderungsantrags fand jedoch starke Unterstützung: 126 Mitgliedstaaten, mehr als zwei Drittel, beauftragten ihn, nur 51 stimmten dagegen. Wenige Minuten später, als die Vollversammlung über die Resolution selbst abstimmte, unterstützten 183 Mitgliedstaaten diese ohne jeden Änderungsantrag, nur vier stimmten dagegen und es gab eine Enthaltung. Interessanterweise stimmte auch der Verfasser des Änderungsantrags für die Resolution ohne Änderung. •

RHETORISCHE ESKALATION UND PRAKTISCHE AKTIONEN DER USA GEGEN KUBA

2017

29. September

Der damalige Außenminister Rex Tillerson ordnet in einer völlig politischen Aktion den Abzug von diplomatischem Personal aus Kuba an.

3. Oktober

Es wird die Ausweisung von 15 in Washington akkreditierten kubanischen Diplomaten angeordnet.

5. Oktober

Die US-Botschaft in Havanna gibt ein Kommuniqué heraus, in dem die kubanischen Bürger, die ein Reise- oder Einwandervisum benötigen, informiert werden, dass ihre Dienstleistungen nicht garantiert werden können.

8. November

US-Agenturen kündigen Bestimmungen zur Beschränkung von „People-to-people“-Reisen an und untersagen Transaktionen mit mehr als einhundert kubanischen Unternehmen.

2018

5. April

US-Vizepräsident Mike Pence bezieht sich beim Gipfeltreffen der Amerikas in Lima respektlos und aggressiv auf Kuba.

2. Juni

Der neue US-Botschafter bei der OAS, Carlos Trujillo, kubanischer Herkunft, erklärt: „Kuba ist die Mutter allen Übels; ein lächerlicher Ausspruch aus dem Mund eines Staatenlosen.“

4. Juni

Herr Pence äußert sich in der OAS erneut auf feindselige Weise über Kuba.

5. Juni

Der US-Außenminister kündigt die Einrichtung einer Task Force an, um auf die angeblichen Gesundheitsfälle seiner Diplomaten zu reagieren.

14. Juni

US-Vizepräsident Pence greift beim National Hispanic Prayer Breakfast & Conference in den Vereinigten Staaten erneut Kuba an.

18. Juli

Die Ständige Vertreterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen nennt Kuba in der Heritage Foundation „ein tyrannisches Regime“.

19. September

Der US-Botschafter bei der OAS bekräftigt, man müsse „hart sein zu Kuba, denn sie sind alle gleich; womit er auf andere Bruderländer unserer Region anspielt.“

1. Oktober

Die US-Regierung hat ihre Zusagen nicht erfüllt, im abgelaufenen Geschäftsjahr mindestens 20.000 Reisedokumente oder Visa auszustellen, was gegen die unterzeichneten Migrationsabkommen verstößt und die Familienzusammenführung beeinträchtigt. In gleicher Weise unterminiert es das Recht der Kubaner, überallhin auf der Welt zu reisen, in diesem Fall in die Vereinigten Staaten.

8. Oktober

Der US-Verteidigungsminister erklärt, dass „die Welt anerkennt, dass das kubanische Modell für niemanden mehr funktioniert, nicht einmal für Kuba selbst“.

Er bezieht sich unter den Ausnahmen von einer angeblich geteilten Vision von einer kollaborativen, geordneten und sicheren regionalen Ordnung zum Wohle der Nationen auf die „traurige und hartnäckige Führung Kubas“ und greift zugleich auch andere souveräne Nationen Lateinamerikas an.

16. Oktober

Die US-Mission führt vor die UNO im Saal des Economic Social Council (Ecosoc) eine Veranstaltung durch, um eine verleumderische Kampagne gegen Kuba zu starten. Die Aktion erhält eine angemessene Antwort von der internationalen und der hemisphärischen Gemeinschaft. Kein einziger Vertreter aus Ländern der Hemisphäre, der nicht der Mission der Vereinten Nationen angehört oder vom US-Außenministerium benannt war, nimmt teil, mit Ausnahme derjenigen, die erscheinen, um sich mit Kuba zu solidarisieren.

23. Oktober

Der US-Außenminister erklärt, dass „eine Delegation kubanischer Diplomaten bei einem von den Vereinten Nationen in der UNO gesponserten Treffen einen kindischen Wutsturm“ gehabt habe. Das kubanische Außenministerium erklärt seinerseits, dass die Vertretung der Insel bei den UNO ihr Recht wahrnehmen werde, stets an allen Veranstaltungen teilzunehmen, die beabsichtigen, sich am Hauptsitz dieser internationalen Organisation auf Kuba zu beziehen, um dann entsprechend zu handeln.

SEITEN 9-15

SEITE 4

SEITE 5

SEITE 6

Interview des
Präsidenten Kubas
mit Telesur

FIHAV
Kuba ist trotz der
Blockade nicht allein

VERFASSUNGSREFORM
Der wesentliche Wert:
die Familie

Die Neugründung von
Matanzas an seinem
325. Jahrestag

Die Blockade: ungerecht und illegal

Rodolfo Dávalos Fernández

• DAS kubanische Volk hat über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg unter dem Zeichen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gelebt, die ihm vonseiten der Vereinigten Staaten aufgezungen wird und es ist so allgemein von dieser Strafe betroffen, als ginge es um eine „natürliche Sünde“. Von den Ältesten bis zu den Jüngsten hat die gesamte Bevölkerung ihre Folgen erlitten. Jeder hat seit seiner Kindheit von der Blockade gehört. Viele haben ihre Auswirkungen persönlich zu spüren bekommen. Andere nehmen sie nicht so direkt wahr, obwohl auch sie von ihr beeinflusst werden. Vielleicht haben sie sich an die Koexistenz mit einer so grausamen Maßnahme gewöhnt und machen trotzdem weiter. Denn, wie gesagt, die Blockade ist nicht in stande, uns zu bezwingen (obwohl das ihr Ziel war und weiterhin ist) und auch wenn alle darin übereinstimmen, dass sie einen Akt der Ungerechtigkeit darstellt, ist sich nicht jeder darüber bewusst, dass sie auch eine ungesetzliche Handlung, ein internationales Verbrechen ist.

Schon die Bezeichnung Embargo, mit der die Regierung der USA die Blockade benennt, stellt eine Unterschlagung der Wahrheit dar. So wird aufgrund eines Netzes von Rechtsnormen (allerdings fragwürdiger Legalität) und unter der gerichtlich häufig verwendeten Bezeichnung Embargo seit fast 60 Jahren ein Verbrechen gegen einen souveränen Staat verübt, das das gesamte Volk Kubas schädigt und beeinträchtigt. Und wir sagen Verbrechen, weil die Blockade ungerecht, unmenschlich und rechtswidrig ist. Es ist notwendig, auf diesem letzten Aspekt zu bestehen.

Haltlos ist die angebliche Begründung mit den Verstaatlichungen des Eigentums US-amerikanischer Unternehmen in Kuba durch die revolutionäre Regierung zu Beginn der 60er Jahre. Diese waren ein Ausdruck der Beanspruchung durch den kubanischen Staat, auf der Grundlage des Grundgesetzes der Republik vom Jahre 1959, das in dieser Hinsicht mit der Verfassung von 1940 identische Regelungen enthielt. Auf internationaler Ebene verließ die UNO durch die Resolution Nr. 1803 der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1962 mit dem Titel „Ständige Souveränität über natürliche Ressourcen“ dieser Art von Aktionen von Staaten als Akt der Souveränität über ihre Ressourcen und Reichtümer aus Gründen des öffentlichen Nutzens oder gesell-



schaftlichen Interesses die volle Unterstützung.

Über die juristische Instrumentierung der Blockade muss gesagt werden, dass es sich um komplexe und sehr zahlreiche Stränge von Bestimmungen zweifelhafter innerer Rechtmäßigkeit handelt, die völkerrechtlich völlig illegal sind und Normen des wirtschaftlichen Zwangs darstellen. Es handelt sich um politische Maßnahmen in einer normativen Ausführung.

Mit anderen Worten: ein Akt der Gewalt in Gesetzesgestalt, mit dem Repressalien und Machtbestrebungen gerechtfertigt werden sollen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Blockade darüber hinaus auch Ausdruck einer großen Frustration darüber, nicht erreicht zu haben, das Volk zu bezwingen und die Revolution zu stürzen.

Das internationale Recht erlaubt die Blockade nicht als Selbstschutz, das heißt als vermeintlich defensive Handlung eines Staates im Falle einer Handlung, die seinen Interessen schadet, außer im Falle einer bewaffneten Aggression, welche Selbstverteidigung erlaubt. Kuba hat die USA nicht angegriffen, die Verstaatlichungen waren ein Prozess der Beanspruchung von Gütern und Ressourcen, die für die Entwicklung des Landes und angesichts des Boykotts der US-Regierung nach der ersten revolutionären Maßnahme bezüglich des Eigentums, dem Gesetz der Agrarreform, notwendig wurden.

Man kann viele Rechtsgebiete überprüfen, um leicht festzustellen, dass die Blockade keinem gültigen Recht entspricht. Im internationalen Recht verletzt die Blockade neben dem Verstoß gegen die UN-Charta fast alle Prinzipien des

Völkerrechts sowie die Rechte der Staaten. Es sollte genügen, auf Folgendes hinzuweisen:

- Die souveräne Gleichheit, die in der Befugnis eines Staates besteht, mithilfe des Rechts interne und externe Angelegenheiten frei zu entscheiden, ohne die Rechte anderer Staaten oder das Völkerrecht zu verletzen.

- Der Grundsatz, dass die Staaten in ihren internationalen Beziehungen von der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates in jeder Weise, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, absehen.

- Der Grundsatz, dass die Staaten ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln so regeln, dass weder Frieden und internationale Sicherheit noch die Gerechtigkeit gefährdet werden.

- Die Verpflichtung, sich gemäß der UN-Charta nicht in Angelegenheiten einzumischen, die der internen Rechtsprechung der Staaten unterliegen.

Aus der Sicht des internationalen Privatrechts macht die exorbitante Extraterritorialität der Regeln der Blockade diese völlig rechtswidrig. Kein Staat hat die legislative Macht, Normen zu erlassen, die über sein Territorium hinausgehen, mit Ausnahme von persönlichen Angelegenheiten, die sich auf die Rechte und Pflichten seiner Staatsangehörigen beziehen.

Hinsichtlich des internationalen Handelsrechts verstößt die Blockade gegen die WTO-Regeln, die GATT-Abkommen, das Seerecht und eine Vielzahl von Regeln und Prinzipien zu internationalen Verträgen.

Aus der Sicht der internen

Rechtssprechung der USA erhält das Knäuel von Vorschriften, die die Blockade umsetzen, eine legale Form, aber sein Inhalt entspricht nicht den Kulturnormen des Landes, den verfassungsrechtlichen Grundlagen, der Rechtsgrundlage der Nation. So sind die starren willkürlich auferlegten Regeln nicht auf dem Wert „Gerechtigkeit“ basiert und stimmen zugleich nicht mit dem Wert „Gesetz“ überein. Denn sie verletzen Verfassungsbestimmungen und beschneiden die individuellen Rechte der eigenen Bürger (die nicht frei nach Kuba reisen dürfen). Sie verbieten ausländischen natürlichen oder juristischen Personen, freie Handelsbeziehungen zu einem Drittland (Kuba) zu unterhalten und erfinden Gesetzesänderungen, um sie rückwirkend auf die Fälle anzuwenden, die bereits durch das höchste Gericht des Landes entschieden wurden. Sie verletzen das Prinzip der Autorität und Rechtsprüfung, das in einem der historischen gerichtlichen Präzedenzfälle durch eines der prestigeträchtigsten Gerichte ihrer Rechtsgeschichte (des berühmten Richters John Marshall) aufgestellt wurde. Schließlich missachteten sie die gültige Interpretation des Gedankenguts der sogenannten Gründerväter der Nation und des Staates, indem erlaubt wird, dass Angelegenheiten und Kompetenzen der Legislative auf die Exekutive übertragen werden, wie etwa die Regulierung des Außenhandels und die Zuweisung übermäßiger Befugnisse an den Präsidenten.

Und schließlich (aus Platzgründen, weil noch viel mehr anzuführen wäre), stellt aus der Sicht des internationalen Strafrechts die Blockade ein Verbrechen gegen die

Menschlichkeit dar, denn nach dem Statut des Internationalen Gerichtshofes sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit alle Handlungen, die im Rahmen eines allgemeinen oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung begangen werden. Der systematische Charakter der Blockade gegen Kuba, die in der kubanischen Bevölkerung erhebliche Schäden und Störungen verursacht, macht sie zu einem massiven Vergehen und verleiht ihr den Charakter eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Die juristische Konsequenz aus all dem ist die internationale Haftung: Die USA werden sich eines Tages für die Blockade gegen Kuba verantworten müssen, das ist die Regel der internationalen Haftung der Staaten. Deshalb erfahren die USA in Ermangelung einer wirksamen Möglichkeit, sie zur Einhaltung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen zu zwingen, bei den wiederholten Abstimmungen in der Generalversammlung der UNO die ausdrückliche universelle Ablehnung der Internationalen Rechtsgemeinschaft, so wie es nie zuvor mit einem Land geschah.

Es gibt zwei rechtliche Voraussetzungen, um Mitglied der UNO zu sein: ein friedliebender Staat zu sein und die Verpflichtungen der Charta zu erfüllen. Bezeigen die USA mit der Blockade gegen Kuba, ein friedliebender Staat zu sein und die Verpflichtungen der Charta zu entsprechen? Die Antwort ist ein klares Nein.

Aus diesem Grund kann kategorisch in jedem Forum oder Ort festgestellt werden, dass die Blockade nicht nur eine ungerechte Handlung, sondern auch absolut rechtswidrig ist. •

<p>GENERALDIREKTORIN Yalini Orta Rivera</p> <p>STELLVERTRETENDE DIREKTORIN DER REDAKTION Arlin Alberty Loforte</p> <p>REDAKTIONSCHIEF Juan Diego Nussa Peñalver</p>	<p>REDAKTION UND VERWALTUNG</p> <p>Avenida General Suárez y Territorial Plaza de la Revolución "José Martí", Apartado Postal 6260, La Habana 6, Cuba. C.P. 10699 Tel.: (53-7) 881-6265 / 881-7443 Zentrale: 881-3333 App 119/176 ISSN 1563 - 8286</p>	<p>GRAMMA INTERNACIONAL</p> <p>WEBSITE INTERNET E-MAIL http://www.gramma.com alemam@gramma.com Druck: Zeitungsverlag Gramma, Havanna, Kuba</p>	<p>BETREUENDER VERLAG DER DEUTSCHEN AUSGABE: Verlag 8. Mai GmbH Torstr. 6 10119 Berlin, BRD</p> <p>NACHDRUCK IN KANADA National Publications Centre C.P. 521, Station C, Montréal, QC H2L 4K4 Tel/Fax: (514) 522-5872</p>	<p>BRASILIAN INVERTIA Cooperativa de Trabalhadores em Serviços Editoriais e Múltiplos Ltda. Rua Regente Feijó, 49 - 2o andar CEP 20060 Rio de Janeiro Tel-Fax: (021) 222-4069</p> <p>ARGENTINEN Movimiento Cultural Acercándonos Buenos Aires Tel.: (011) 4862-3286</p>		
<p>SPANISCHE AUSGABE Inés Miriam Alemán Aroche Tel.: 881-6265</p>	<p>ENGLISCHE AUSGABE Marie Citase Tel.: 881-1679</p>	<p>FRANZÖSISCHE AUSGABE Frédéric Woungly-Massaga Tel.: 881-6054</p>	<p>PORTUGIESISCHE AUSGABE Miguel Ángel Alvarez Caro Tel.: 881-6054</p>	<p>DEUTSCHE AUSGABE Ute Michael Tel.: 881-1679</p>	<p>ITALIENISCHE AUSGABE M.U. Gioia Minuti Tel.: 832- 5337 / 881- 6265</p>	<p>VERTRIEB UND ABONNEMENTS Omar Quevedo Acosta Tel.: 881-9821</p>

Die Blockade muss ein Ende haben

Yisel Martínez García

• VOR mehr als fünf Jahrzehnten erlegte die Regierung der Vereinigten Staaten Kuba das ungerechteste, rigoroseste und längste unilaterale Bestrafungssystem auf, das jemals über ein Land verhängt wurde. In diesem Jahr hat Präsident Donald Trump dieses Szenario noch einmal verschärft.

Die Fortschritte in den bilateralen Beziehungen, erreicht unter der Administration Barack Obamas, erlitten ihren ersten Rückschlag, als der aktuelle Amtsinhaber dieses Landes am 16. Juni 2017 das „Präsidentiale Memorandum der Nationalen Sicherheit über die Verstärkung der US-Politik gegenüber Kuba“ unterzeichnete. Der Text bestätigte unter anderem die Verhärtung der Wirtschaftsblockade gegen Kuba.

Dieser Linie folgend erließen im November desselben Jahres Handelsabteilung, Schatzamt und State Department dieses Landes neue Vorschriften und Bestimmungen, um dem erwähnten Memorandum gerecht zu werden. Besagte Maßnahmen beschränkten die Rechte der US-Bürger, nach Kuba zu reisen und die Möglichkeiten des Unternehmenssektors, Geschäfte auf der Insel zu machen, noch mehr als ohnehin schon.

Dafür erstellten sie eine Auflistung von 179 kubanischer Stellen, mit denen Transaktionen zu tätigen den Einrichtungen und natürlichen oder juristischen Personen der USA untersagt wurde.

Die Konsequenzen dieser Aktionen haben im letzten Jahr zu einer Verringerung der Besuche aus den USA geführt und den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen kubanischer Unternehmen mit möglichen US-amerikanischen Partnern oder solchen aus Drittländern größere Hindernisse in den Weg gelegt.

Die extraterritoriale Anwendung der unilateralen Sanktionen haben die Beziehungen Kubas im internationalen Finanz- und Kreditwesen beeinflusst, was sich in Gefahren für die Wirtschaft des Landes und für Handelsaktivitäten der nationalen Unternehmen und Banken in ihren Verbindungen mit dem internationalen Finanzsystem niederschlägt.

Hiermit vereint sich die mit jedem Mal aggressivere und respektlosere Rhetorik, die Misstrauen und Unsicherheit bei den Finanzinstituten, den Unternehmen und US-amerikanischen Anbietern sät, was deren begründeter Angst vor Strafe dafür geschuldet ist, mit Kuba Beziehungen einzugehen.

Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade stellt das hauptsächlichste Hindernis für die Entwicklung aller Wirtschaftspotentialitäten Kubas dar. Sie bremst die Umsetzung des Nationalen Plans zur Ökonomischen und Sozialen Entwicklung des Landes wie auch die der Agenda 2030 und ihrer Ziele, die Nachhaltige Entwicklung betreffend, die im September 2015 von

der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde.

Allein während dieses Jahres hat die Blockade in Kuba über 4,3 Milliarden Dollar an Verlusten verursacht. Diese Ziffer, vereint mit den verbuchten Schäden in den fast sechs Jahrzehnten, die die Anwendung dieser unilateralen Politik gegen die Insel andauert, summiert sich zu astronomischen 933 Milliarden 678 Millionen Dollar Verlust, wenn man die Wertminderung des Dollar im Verhältnis zum Gold auf dem internationalen Markt in Rechnung stellt.

Die Blockade verletzt massiv, flagrant und systematisch die Menschenrechte des kubanischen Volkes und ist gemäß der Definition in der Konvention für die Prävention und Sanktionierung des Delikts des Völkermords, verabschiedet von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1948, als solcher zu bewerten. Sie verletzt die Charta der Vereinten Nationen und das Internationale Recht und stellt ein Hindernis für die internationale Zusammenarbeit dar.

Wie jedes Jahr wird Kuba seinen Bericht zum Thema den Vereinten Nationen am kommenden 31. Oktober vorlegen und fordern, dass die Vereinigten Staaten die 26 vorherigen von der Vollversammlung der internationalen Gemeinschaft angenommenen Resolutionen erfüllen und dieser völkermordenden Politik ein Ende machen. •



Kubanischer Außenminister verurteilt Manöver der USA zur Verhinderung der weltweiten Unterstützung gegen die Blockade

Daina Caballero

• DIE Vereinten Staaten inszenieren ein neues politisches Manöver gegen Kuba. Es handelt sich dabei um ein weiteres haltloses und abenteuerliches Scharmützel, um die Unterstützung zu schwächen, die die internationale Gemeinschaft jedes Jahr der Vorlage des Resolutionsprojekts „Notwendigkeit, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinten Staaten gegen Kuba zu beenden“ bietet.

Am 23. Oktober verbreitete die Ständige Vertretung der Vereinten Staaten vor der UNO eine Liste von acht Abänderungsanträgen an der kubanischen Resolution gegen die Blockade, wie Kubas Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla während einer Pressekonferenz im Ministerium für Auswärtige Beziehungen erklärte.

Diese Änderungen enthalten im wesentlichen Aspekte, die mit den Entwicklungszielen der Agenda der Vereinten Nationen 2030 verknüpft sind und Elemente, die mit den Menschenrechten in Verbindung stehen, Angelegenheiten, mit denen die US-Regierung Kuba erfolglos zu diskreditieren sucht.

Das Interessanteste – so Rodríguez Parrilla – sei nicht allein der Inhalt der vorgeschlagenen Änderungen, sondern ein Dokument, das, unterzeichnet durch den stellvertretenden Sprecher des US-Außenministeriums Gonzalo Gallegos, im Verborgenen vom State Department in Umlauf gebracht worden sei mit dem Zweck, die Mitgliedsländer der UNO vor ihrer Stimmabgabe am 31. Oktober in der Vollversammlung zu warnen.

Das Dokument weise darauf hin, dass „man einräumt, dass die Absicht der kubanischen Resolution (gebilligt durch ein alljährliches praktisch einstimmiges Votum in der UNO-Vollversammlung) dem Zweck der Verurteilung der Auswirkungen der Anwendung der Blockade auf das kubanische Volk dient. Dies sei ein besonders heuchlerischer und dreister Satz, gebe er doch zu, dass die Blockade signifikante menschliche Schäden im kubanischen Volk verursache, Entbehrungen, Mängel, Schwierigkeiten, alle Familien betreffend, Nachteile für die kubanische Migration, Restriktionen auch an den zivilen Freiheiten und Rechten der US-Bürger, denen man verwehre, Kuba zu besuchen, sagte der Außenminister.



Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla verurteilt Manöver der USA in Verbindung mit der Abstimmung über die Resolution gegen die Blockade am 31. Oktober

Es handle sich einmal mehr um ein Manöver zu propagandistischen Zwecken mit dem Ziel, die öffentliche Meinung und die der Staaten zu manipulieren, fügte Rodríguez Parrilla hinzu. Es gebe eine lange Historie der Manipulationen des Themas Menschenrechte gegen die kubanische Nation, deren Errungenschaften in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur und politische Beteiligung unbestreitbar seien.

Der Außenminister betonte, dass die Vereinten Staaten das Land seien, das über die geringste Moral verfüge, andere mit dem Thema Menschenrechte anzuklagen. „Man weiß von Minderjährigen, die in dem Militärstützpunkt von Guantánamo, dem von den USA illegal besetzten kubanischen Territorium, gefoltert wurden.“

Er wies auch darauf hin, dass die Vollversammlung der UNO es seit 1997 abgelehnt habe, sich mit den unbegründeten Anschuldigungen zum Thema Menschenrechte in Kuba auseinanderzusetzen. Das Bezeichnende – versicherte er – bestehe darin, dass

in den von den Vereinten Staaten vorgelegten Änderungen der gleiche Inhalt verwendet werde wie in besagten von der Vollversammlung abgelehnten Resolutionen.

Die Vereinten Staaten hätten es bereits im November 2006 mit dem gleichen Abschreckungstechnik versucht, aber in jenem Jahr sei ein Gegenantrag zum Antrag der USA angenommen worden.

Das Verhalten der Vereinten Staaten habe keine internationale Unterstützung mehr, im Gegenteil, sie seien isoliert und diskreditiert. Gegen diese Haltung opponiere auch die große Mehrheit der kubanischen Emigranten in den USA und in anderen Ländern.

An anderer Stelle seiner Auslassungen hob der Minister hervor, dass zu verschiedenen Gelegenheiten Kuba seine Bereitschaft bekundet habe, mit den Vereinten Staaten über jedes beliebige Thema einschließlich der Menschenrechte zu debattieren – auf der Basis absoluter souveräner Gleichheit, ohne seine Unabhängigkeit infrage stellen zu lassen.

„Wenn die US-Regierung die Anwendung der Menschenrechte in Relation zu den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung vor den Vereinten Nationen diskutieren möchte, können wir das machen. Man sage uns, wo und wann?“

„Man könnte dann über die Diskriminierung reden, die auf US-Territorium Schwarze und Latinos erleiden oder über die Frauen, deren Lohn geringer ist als der der Männer, nur weil sie Frauen sind, oder über die Hunderttausende von Bürgern jenes Landes, denen man die Teilnahme an Wahlen verweigert, weil sie Schulden haben, oder über die von Washington angezettelten Kriege, bei denen Zivilisten massakriert werden“, führte er aus.

Die Vereinten Staaten hätten lediglich Anteil an 18 Menschenrechtsinstrumenten von 61 existierenden. „Es wäre interessant, wenn die US-Regierung einer UNO-Debatte über die Beipflichtung zu internationalen Pakten und Instrumenten über Menschenrechte zustimmen würde. Sie sind das einzige Land der Welt, das gegen das Recht auf Ernährung votiert“, so Rodríguez Parrilla.

Die Regierung der Vereinten Staaten betreibe gegen Kuba eine Politik, die – verhandelt mit der Anti-Kuba-Industrie Miamis – mit jedem Mal feindseliger werde. Jetzt wolle sie die tiefe Ablehnung der Welt – die bis hinein in ihre eigene Gesellschaft reiche – der Blockade gegen Kuba vertuschen. •

Fihav: Kuba ist trotz der Blockade nicht allein

Die Internationale Messe von Havanna ist ein fruchtbarer Ort, um sich über Geschäftsmöglichkeiten, Handelsbeziehungen und die Erschließung neuer Märkte auszutauschen

Yisel Martínez García

• SEIT mehr als drei Jahrzehnten hat sich die Internationale Messe von Havanna ununterbrochen als fruchtbarer Raum etabliert, um sich über Geschäftsmöglichkeiten, Handelsbeziehungen und die Erschließung neuer Märkte auszutauschen. Die in der kommenden Woche beginnende Neuaufgabe wird keine Ausnahme sein: Es wurde bereits die Teilnahme von Unternehmen aus mehr als 60 Ländern bestätigt.

Rodrigo Malmierca, Minister für Außenhandel und ausländische Investitionen (Mincex), sagte, dass in Zeiten, in denen die Regierung von Donald Trump die unilateral verhängte Blockade mit Maßnahmen verstärkt, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern behindern, die Fihav 2018 „davon zeugt, dass die Welt zu Kuba steht, trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade, die von den Vereinigten Staaten auferlegt wurde.“

Die Veranstaltung, die vom 29. Oktober bis 2. November stattfindet, wird auf dem Messegelände Expocuba mehr als 2.500 ausländische Geschäftsleute, rund 30 Handelskammern und Institutionen, die diese fördern, etwa 20 hochrangige offizielle Delegationen und zahlreiche weitere Gruppen mit Geschäftsangeboten aufnehmen.

Laut Abraham Maciques, Generaldirektor der Unternehmens-

gruppe Palco, nehmen die 25 Pavillons, die von ausländischen Teilnehmern gemietet wurden, eine Fläche von ungefähr 25.000 Quadratmetern ein.

Im zentralen Pavillon von Expocuba werden, wie es Tradition ist, kubanische Güter und Dienstleistungen gezeigt und alle Wirtschaftszweige sind vertreten. Laut Orlando Hernández Guillén, Präsident der Handelskammer der Insel, werden fast 350 kubanische Unternehmen teilnehmen, verteilt auf etwa 5.000 Quadratmetern.

Dieses Jahr wird es direkt am Eingang der Anlage einen Stand geben, der dem 500. Jahrestag von Havanna gewidmet ist, einer Stadt, die während der gesamten Messe im Mittelpunkt stehen wird. Luis Carlos Góngora, Präsident des Rates der Provinzverwaltung, bekräftigte, dass im Rahmen des Geschäftstreffens die Strategie der Stadt bekannt gegeben wird, ihr halbes Jahrtausend zu feiern.

Über die Beteiligung von Firmen der USA sagte Malmierca, dass es eine ähnliche Anzahl wie in der vorherigen Ausgabe geben werde, als 16 Firmen aus jenem Land 250 Quadratmeter der Ausstellungsfläche reserviert hatten. Darunter ist das neu gegründete Joint Venture Unternehmen mit Sitz in der Sonderentwicklungszone Mariel (ZEDM) zur Herstellung von therapeutischen Impfstoffen gegen Krebs.

Die Durchführung des zweiten



RICARDO LÓPEZ HEVIA

In Fihav sind alle Bereiche der kubanischen Wirtschaft vertreten

Business Forums Russland-Lateinamerika und Karibik ist ebenfalls Teil des umfangreichen geplanten Programms. Auch das Investitionsforum steht auf der Agenda, das dazu beitragen wird, ausländische Investoren und kubanische Gesprächspartner zusammenzubringen, um die Verhandlungsprozesse zu erleichtern und zu beschleunigen. Im Rahmen des Austauschs werden die Führungskräfte der ZEDM die Fortschritte dieses 45 Kilometer von

Havanna entfernten strategischen Bereichs vorstellen.

Ebenso wird das neue Portfolio der Geschäftsmöglichkeiten mit ausländischem Kapital vorgestellt, das als ein wesentliches Element in der Strategie der sozioökonomischen Entwicklung des Landes betrachtet wird. Im vergangenen Jahr hatte Kuba in diesem Szenario 456 Projekte für einen Kapitalbetrag von 10,7 Milliarden US-Dollar vorgestellt.

Venezuela, China und Russland, wichtige Handelspartner

Kubas, werden in gewohnter Präsenz dabei sein, während Spanien erneut das am stärksten vertretene Land ist.

Trotz der Blockade konsolidiert sich Fihav 2018 als eine der wichtigsten Handelsbörsen in Lateinamerika und der Karibik. Die Veranstaltung trägt jedes Jahr dazu bei, die Ziele der Außenwirtschaftspolitik zu fördern, die Beziehungen zum Ausland zu diversifizieren und den Weg Kubas für Geschäftsabschlüsse zu erweitern. •



Hotel Nacional de Cuba

Historischer Rundgang durch das Hotel-Museum, Nationaldenkmal und Weltkulturerbe. Tauchen Sie ein in seine Geschichte und erleben Sie die kubanische Kultur! Besuchen Sie die Tagananas-Höhlen und die Tunnel, die während der Oktober-Krise als Zufluchtsort dienten! Ein Saal legt Zeugnis ab vom Besuch weltweit bekannter Persönlichkeiten der Kultur, Kunst und Politik, die Gäste im Hotel Nacional gewesen sind.

Kulturerbe, Denkmal und Hotel-Museum

Calle O esq. a 21, Vedado, Ciudad de La Habana
E-mail: reservas@gcnacion.gca.tur.cu
www.hotelnacionaldecuba.cu
www.hotelnacionaldecuba.com

VERFASSUNGSREFORM

Der wesentliche Wert: die Familie

Yudy Castro Morales

• WÄRE es ratsam, von der Familie oder den Familien zu sprechen? Sollte man den Begriff Familie unabhängig von ihrer Zusammensetzung verwenden oder doch den Plural gebrauchen, um die verschiedenen Familienkonstellationen zu umfassen, mit denen wir heute leben?

Derartige Fragen beleben den Dialog mit Dr. Ana María Álvarez-Tabío Albo, Professorin an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Havanna, die es vorzieht, von der Familie im Singular zu sprechen. „Sie ist eine einzige, unabhängig von dem Modus, der für ihre Organisation gewählt wird.“ Deshalb hält sie „die Verwendung des Plurals (Familien) im Verfassungsentwurf für unnötig“.

Sie stellt außerdem in Frage, „warum man die Ehe privilegiert, indem man sie, unter den vielen anderen Möglichkeiten, wie sich eine Familie organisieren kann, ausdrücklich als zu schützende Institution erwähnt.“ Speziell im Hinblick auf die Ehe enthält Artikel 68 des Verfassungsentwurfs eine bemerkenswerte Veränderung: Es entfällt das Erfordernis der Geschlechterverschiedenheit für ihre Anerkennung und beibehalten wird das bereits errungene Prinzip der Gleichheit zwischen den Partnern in Bezug auf die Rechte und Pflichten, die sich in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht aus dem gesetzlichen Eheverhältnis ableiten.

Zweifellos ist dies laut Frau Professor Álvarez-Tabío „eines der am meisten diskutierten Themen, aber ohne seine Bedeutung zu diskreditieren, sollte ihm die ihm zustehende Aufmerksamkeit zuteilwerden, ohne aber andere ebenso wichtige oder wichtigere Themen, die uns alle als Bürger betreffen, zu vernachlässigen“.

Die Meinungen, fügt sie hinzu, hätten sich hauptsächlich in zwei Gruppen polarisiert: „Eine ist „schockiert“ über die Aussicht auf die Ehe zwischen Menschen gleichen Geschlechts und eine andere versteht, dass die Gleichheit keine Unterschiede vor persönlichen Gründen oder Umständen irgendwelcher Art macht“.

Ihrer Meinung nach sei es bedeutsam, dass die erste Gruppe sich nicht gegen den Inhalt der Artikel 40 und 44 des Entwurfs ausspricht, in denen die volle Gleichstellung garantiert wird und die Achtung vor den Unterschieden sowie die freie Entfaltung der Persönlichkeit verankert sind.

Diese Gebote zu akzeptieren, dann aber eine Position der Diskriminierung einzunehmen, führe zu absoluter Inkohärenz, die sogar das Bestreben zunichte machen könnte, eine gerechtere, humanistischere, revolutionäre und moderne Magna Carta in Übereinstimmung mit den Grundsätzen unseres sozialen Projekts zu haben.

Man solle darüber nachdenken, argumentiert Álvarez-Tabío Albo, wie oft es durch das Gesetz geschützte soziale Veränderungen gegeben habe, die für viele einst undenkbar oder „inakzeptabel“ waren und mit denen man jetzt in perfekter Harmonie lebe.

„Man könnte zum Beispiel die Integration der Rassen in allen sozialen Räumen einschließlich der Ehe erwähnen, ebenso wie die Anerkennung der Legitimität von Eheverbindungen unabhängig von ihrer Formalisierung, die Anerkennung der Scheidung oder die Beseitigung des Stigmas der Differenzierung der Kinder hinsichtlich des Familienstandes der Eltern“.

Der Entwurf der Verfassung geht von der rechtlich gleichen Bewertung der Unterschiedlichkeit aus: Die aus Gründen des Geschlechts,

der sexuellen Orientierung ... Andersartigen müssen als Gleiche behandelt werden.

- Welche Argumente sprechen, ausgehend von diesem Prinzip, dafür, im aktuellen kubanischen Kontext die Ehe als Verbindung zweier Menschen zu befürworten?

- „Ich schlage vor, einige Argumente derer zu analysieren, die die Ehe als Verbindung zweier Personen nicht akzeptieren oder nicht verstehen. Dazu gehören negative Auswirkungen, die dies angeblich auf die Geburtenrate habe, die Entstellung des traditionellen Familienmodells und der Ehe als Einrichtung, Probleme, die sich für Jungen und Mädchen ergeben könnten, wenn sie adoptiert werden und in der Familie eines gleichgeschlechtlichen Paares aufwachsen, sowie Respektlosigkeit gegenüber den Gesetzen Gottes.“

Es sei daran erinnert, dass in Kuba seit langer Zeit die Fortpflanzung nicht als Zweck der Ehe aufgeführt wird, d.h. die Ehe impliziert keine Verpflichtung, Kinder zu haben.

Denken wir zum Beispiel an Ehen unfruchtbarer Paare oder solche, in denen die Frau nicht mehr im gebärfähigen Alter ist, bzw. Ehen, deren Mitglieder Kinder aus früheren Ehen haben und keine weiteren wollen. Sollten wir etwa die Ehe zwischen Menschen nicht zulassen, die sich entschließen, keine Kinder zu haben? Sollte es etwa Frauen über 50 Jahren verboten sein zu heiraten?

Die Bevölkerungsalterung ist ein komplexes Phänomen, das durch die öffentliche Politik und durch die Familie angegangen werden muss, aber dass die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen erlaubt wird, hat darauf keinen Einfluss. Vielmehr steht dies neben anderen Gründen im Zusammenhang mit der Entscheidung der heterosexuellen Paare, immer weniger Kinder zu haben.

Andererseits ist die Familie, wie jede andere Einrichtung im Zusammenhang mit ihr, ein dynamisches, dialektisches Gesellschaftsprodukt, das Änderungen unterliegt, und die gesetzlichen Normen müssen umgestaltet werden, um diese Veränderungen zu begleiten. Die Ehe entgeht dem nicht und hat in der Geschichte eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Noch vor einigen Jahrzehnten war die Ehe zwischen Menschen unterschiedlichen sozialen Status oder zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe undenkbar ...

Was eventuelle negative Auswirkungen betrifft, die sich für Kinder ergeben könnten, die bei Menschen gleichen Geschlechts aufwachsen, oder mögliche Verwirrung in ihrer Identitätsfindung und Entfaltung, so muss betont werden, dass die Kinder uns Lektionen über die Achtung der Differenzen erteilen. Diskriminierung und Ausgrenzung werden von den Erwachsenen erlernt.

Innerhalb einer Familie von Menschen einer 'anderen' sexuellen Orientierung aufzuwachsen und erzogen zu werden, ist nicht die Ursache für die gleiche Neigung. Wie erklärt sich sonst die Präsenz von Homosexualität in einer heterosexuellen Familie?

Und schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass die Ehe eine zivile Institution ist, obgleich jede Religion selbst entscheidet, sie zu akzeptieren oder abzulehnen. Wenn ein Staat die Freiheiten oder Rechte eines Menschen anerkennt, kann er dies nicht auf der Grundlage religiöser Lehren tun, sondern auf der Grundlage einer weltlichen ethischen Argumentation, die im Verfassungsentwurf verankert ist.



Die Familie ist, wie jede andere Einrichtung im Zusammenhang mit ihr, ein dynamisches, dialektisches Gesellschaftsprodukt, das Veränderungen unterliegt

Der zur Debatte vorgelegte Entwurf der Magna Carta erwähnt erstmals explizit die Menschenrechte, die aufgrund ihrer universellen Natur für alle gelten, also nicht ausschließend sind: Sie sind nicht nur für Männer oder nur für Frauen, nur für Weiße oder nur für Mestizen ..., wie sie auch nicht nur für Heterosexuelle und nicht für Menschen mit andersartiger sexueller Orientierung sind.

Es gibt keinen Grund, warum die Entscheidung zweier erwachsener Personen, zu heiraten, welchen Geschlechts sie auch seien, die Rechte anderer Menschen verletzen sollte.

Die Ehe weist auch eine Sphäre auf, die sowohl im rechtlichen als auch im sozialen Bereich zum Ausdruck kommt. Im ersten Fall wird ein Netzwerk der Rechtsbetreuung geknüpft, das Paare gleichen Geschlechts erreichen muss, denn auch sie müssen medizinische Leistungen teilen, ihr Vermögen voneinander erben, Entscheidungen für ihren Partner angesichts bestimmter Situationen im gemeinsamen Leben treffen können ...

Im zweiten Fall, also im expressiven oder sozialen Bereich der Ehe, haben auch gleichgeschlechtliche Paare Familie und Freunde, mit denen sie ihre Beziehung gleichberechtigt feiern wollen.

Eine demokratische und konstitutionelle Gesellschaft, wie wir sie mit diesem Entwurf aufbauen und unterstützen wollen und die die Rechtsstaatlichkeit postuliert, basiert auch auf der Pluralität der Lebensformen von Individuen und Familien, sofern sie die Menschenwürde nicht beeinträchtigen. In einer Demokratie muss Toleranz das existenzielle Prinzip des Zusammenlebens in der Gesellschaft sein.

Ich weise meine Studenten immer auf ein Zitat von Groucho Marx hin, der sagte, die Ehe sei 'eine wunderbare Institution, vorausgesetzt man will in einer Institution leben'. Und wenn es die Entscheidung von zwei Menschen ist, in dieser Institution zu leben, darf die sexuelle Orientierung nicht der Grund sein, der das verhindert. •



ICH WÄHLE
KUBA

ES BIETET
**GESUNDHEITSDIENSTE
FÜR ALLE**

Services Médicos Asistenciales en Cuba



www.smc.salud.cu



Die Neugründung von Matanzas

Der 325. Jahrestag von Matanzas ist nur der Ausgangspunkt für weiteres Schaffen

Ventura de Jesús

• DER 325. Jahrestag wird zweifellos ein wichtiges Kapitel in der Geschichte von Matanzas sein. Er wird ein Vorher und ein Nachher markieren.

Die Stadt, die nicht immer zu den bevorteilten gehörte, zeigt heute ein anderes, ermutigendes Bild. Sie macht einen schönen, wiederbelebten Eindruck. In kurzer Zeit wurde das repariert, was als irreparabel erschien und Dutzende von Bauten wurden errichtet.

Diejenigen, die in den letzten Tagen durch ihre Straßen gingen, wurden Zeugen des Enthusiasmus, der hier herrscht, um den Geburtstag der Stadt am 12. Oktober zu feiern.

Der Historiker der Stadt Matanzas, Ercilio Vento Canosa, der selbstverständlich in die organisatorischen Angelegenheiten der Gedenkfeier eingebunden ist, genießt die guten Nachrichten am allermeisten. Doch seine Freude basiert nicht auf seinem Status als Chronist, sondern sie ist in dieser Art von Verschwörung zu suchen, dem sogenannten „Athen von Kuba“ seine Pracht wiederzugeben.

- Wurde jemals ein anderer Geburtstag mit solcher Begeisterung gefeiert?

„Dieser 325. Jahrestag ist einmalig. Nie zuvor gab es eine solche Anzahl an Aktivitäten, kreativen Restaurierungen, Reparaturen zur Wiederherstellung des Prestiges der Stadt, wie es jetzt geschieht. Ich denke, wir erleben die Neugründung der Stadt.“

Ein großer Enthusiasmus ist zu spüren, der sicher auch durch die Beteiligung der Regierung und der Partei gefördert wird, die eine systematische Kontrolle ausüben, um die Qualität und Kontinuität der konstruktiven Maßnahmen zu garantieren. Aber der 325. Jahrestag von Matanzas ist nur der Ausgangspunkt, der Vorwand für weiteres Schaffen, denn offensichtlich gibt es Aktionen, die jetzt nicht abgeschlossen werden können und andere, die erst später begonnen werden können.

Das Bedeutendste ist die öffentliche Bekanntmachung. Derzeit wird das Bewusstsein der Zugehörigkeit des Bürgers zurückgewonnen, und das ist aus sozialer, menschlicher und politischer Sicht fantastisch. In all dem steckt Leidenschaft, selbst bei den Unzufriedeneten.“

- Halten Sie Matanzas für eine historische Stadt?

„Absolut, und das Merkwürdige ist, dass dies einen Widerspruch aufdeckt. Neben vielen weiteren Gründen, weil Matanzas auf der Strecke zwischen der Hauptstadt des Landes und dem wichtigsten Tourismuspol liegt. Darüber hinaus mit einer spektakulären geografischen Lage. Wer hier durchreist, nimmt einen schönen Blick auf die Bucht, auf die Stadt mit. Was nun vor sich geht, versetzt sie auf eine höhere Ebene, denn es gibt eine offensichtliche Aktualität mit politischen Auswirkungen.“

- Wenn es stimmt, dass jeder Name demjenigen, der ihn trägt, irgendwie ähnlich ist, sollten wir mit Matanzas nicht allzu zufrieden sein.

„Der Name Matanzas (Gemetzelt) geht auf den ersten Akt der Rebellion auf der Insel zurück, der in einem Schreiben von Diego Velázquez an Carlos V. dokumentiert ist und leider nicht die Auswirkungen auf den nationalen Rahmen hatte, die wir uns gewünscht hätten.“

Wir sprechen hier nicht über eine Anekdote oder eine Legende, es war ein Geschehnis, das im September 1510 vor sich ging, als eine Gruppe von Ureinwohnern ihr Territorium verteidigte, um ihre Heimat zu schützen. Es ist ein Name, den wir vielleicht wegen seiner kriegerischen Bedeutung nicht verdienen, aber er kann nicht geändert werden, weil er eine historische Wurzel hat und den selbst von den Spaniern anerkannten Ort kennzeichnet, wo die erste dokumentierte Niederlage ihrer Truppen auf dem nationalen Territorium während der Eroberung stattfand.

Außerdem geht er auf die Basis der kubanischen Ortsnamen für Kuba, die Antillen und Amerika zurück und erscheint auf der Karte von 1526, wo sonst nur fünf andere Namen verzeichnet sind: Guane, Havanna, Jagua, Puerto



Matanzas ist aufgrund der Kriterien, die bei ihrer Gründung angewendet wurden, die erste moderne Stadt in Amerika

Principe und Santiago. Sagen wir also, dass Matanzas ein gerechtfertigter Name ist, weil er einer historischen Tatsache entspricht“

- Was weiß man von dem, was an jenem Tag des Jahres 1510 passiert ist?

„Die vom Kaziken Guayuca angeführten Eingeborenen sichtigten eine Karavelle, die mit 30 Spaniern an Bord in die Mündung des Flusses Yumurí am Nordufer der Bucht einlief. Das Schiff kam aus dem Golf von Urabá, dem südlichsten Gebiet des Karibischen Meeres in Kolumbien.“

Die Indianer boten ihre Kanus an, um die Entfernung auf dem Meer zu überbrücken, und warfen diese um. Einige der Eroberer ertranken und die, die es schafften, die Küste zu erreichen, wurden entwapnet und gehängt. Es überlebten nur fünf Menschen, darunter zwei Frauen sowie Gonzalo García Mejías, der an der Spitze der Gruppe stand.

Selbstverständlich ist davon auszugehen, dass diese Eingeborenen, die dem Konzept der Tainos entsprachen und friedliche Menschen, Bauern und Keramiker waren, bereits vorher irgendeinen Kontakt mit den Kolonisatoren hatten und deren Exzesse kannten.

Die Frauen berichteten das Vorgefallene Panfilo de Narvaez und das Geschehnis wird als die Bucht des Gemetzels (Matanzas) registriert, ein Name, der in der Zeit überlebt.“

- Von diesem Geschehnis wird sehr wenig gesprochen, anscheinend sind die Historiker nicht davon angetan.

„Ich denke, wir haben es nicht ausreichend verteidigt. Manche beschreiben es als Vorfall und nicht als Kampf. Wir müssen darauf bestehen, dass es ein Akt der Rebellion war, einer der ersten, von denen in Amerika die Rede ist. Man darf die Tatsache nicht unterschätzen, dass ein nackter Indianer mit einem Holzknüppel in Verteidigung seines Territoriums Menschen mit Rüstungen und Schwertern entwapnet. Das hat große Bedeutung.“

- Wir haben davon gehört, dass ein Denkmalprojekt im Gange ist, um an diesen Akt der Rebellion der Aborigines zu erinnern ...

„Es ist das Ergebnis vieler Bemühungen, um das Datum, das Ereignis und Matanzas selbst zu würdigen. Es ist ein großes Werk, etwa 40 Meter lang und von bemerkenswerter Höhe, das entworfen wurde, um an einem Punkt des Viadukts platziert zu werden, unweit vom Ort des Geschehens, und an dessen Spitze ein immer leuchtendes Licht angebracht sein wird.“

Der ursprüngliche Entwurf ist von namhaften aus Matanzas stammenden Architekten José Diwaldo García Sánchez, und seine Vollendung wird die visuelle Erinnerung an die Tapferkeit jener Krieger der Aborigines sein, die unwissentlich ein Stück des Landes verteidigten, für das später so viele Kubaner ihr Blut gaben.“

EINIGE RELEVANTE DATEN VON MATANZAS

- Die Eroberung der Silberflotte durch Admiral Pyet Heyn findet in der Reede von Matanzas statt. Das Geschehnis ist eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte von Holland.
- An den Ufern des Canimar-Flusses befindet sich der Canimar-Abajo-Platz, der größte Freiluft-Aborigine-Friedhof in Kuba und einer der größten in den Antillen, wo erstmals im Land Nachweise für Kannibalismus gefunden wurden.
- Matanzas ist aufgrund der Kriterien, die bei seiner Gründung angewendet wurden, die erste moderne Stadt in Amerika.
- Insgesamt hat die Stadt 30 Brücken, darunter die von Bacunayagua, die größte in Kuba.
- Es ist die Wiege des Nationaltanzes Danzón.
- Die Höhlen von Bellamar bilden das älteste aktive

Tourismusresort in Kuba. Dort wurde im August 1864 zum ersten Mal elektrisches Licht in der Stadt entzündet.

- In der Zeit zwischen den beiden Unabhängigkeitskriegen Kubas wurde in Matanzas die größte Anzahl von Patrioten erschossen.

- Hier wurde das erste Baseballspiel offiziell ausgetragen und es gibt das älteste funktionierende Stadion, das Palmar de Junco.

- Am Fluss San Juan befindet sich die einzige in Kuba errichtete Drehbrücke, ein großartiges Beispiel der Ingenieurskunst dieser Art.

- Der Junco Palast ist das erste Museum, das durch die Revolution geschaffen wurde.

- José Jacinto Milanés, Gabriel de la Concepción Valdés und Francisco Manzano sind drei der wichtigsten Dichter Kubas im 19. Jahrhundert. Aus Matanzas stammen zwei Nationaldichter Kubas, Bonifacio Byrne und Agustín Acosta, sowie die Trägerin des Nationalpreises in Literatur Carilda Oliver Labra.

- Die Einführung der Poder Popular geschah 1974 in Matanzas.

- Matanzas hatte eine der größten Konzentrationen von Sklaven in ganz Kuba und war Schauplatz der Conspiración de la Escalera, an der mehr als 3.000 Menschen beteiligt waren.

- José Raúl Capablanca, Weltmeister im Schach, besuchte das Gymnasium am Instituto de Segunda Enseñanza de Matanzas.

- Das Pharmazeutische Museum ist einzigartig in seiner Art in Amerika.

- Die Sonnenbahn wurde bei der Gestaltung der Stadt berücksichtigt. Im historischen Zentrum ist zu keiner Tageszeit eine Wohnung von der Sonne unbeleuchtet. Morgens und nachmittags, je nach Jahreszeit, beleuchtet die Sonne die drei Hauptstraßen, in diesem Sinne wirken sie wie eine gigantische Sonnenuhr.

- Die Tempelhäuser der afrikanischen Kulturen im Gebiet besitzen einen hohen Grad an Originalität und Autochthonie.

- Nirgendwo sonst ist im selben Stadtraum eine solche Vielfalt kultureller Manifestationen gruppiert.

- Die Provinz war im April 1961 der Schauplatz der ersten großen Niederlage des Yankee-Imperialismus in Lateinamerika. •

INTERNATIONALER WISSENSCHAFTLICHER ORTHOPÄDIEKOMPLEX



INTERNATIONALER WISSENSCHAFTLICHER ORTHOPÄDIEKOMPLEX

Direktor: Professor Roberto González Martín

Ave. 51 No. 19603, La Lisa
La Habana
Cuba
Tel: (537) 271 8646/ 2603361/ 52136641

E-Mail: direccionfpais@fpais.sid.cu
ccfpais@fpais.sid.cu
rgmartin@informed.sid.cu
www.frankpaisortop.sid.cu

Der Internationale Wissenschaftliche Orthopädiekomplex von Havanna ist der weltweit größte und umfassendste Krankenhauskomplex auf dem Gebiet der Orthopädie, der rekonstruktiven Unfallchirurgie und der Rehabilitation des Knochen-Gelenk-Systems.

Er bietet Behandlungen bei Wirbelsäulenerkrankungen; Bandscheibenvorfällen; traumatischen, angeborenen oder erworbenen Rückenmarkslähmungen; peripherischen Nervenlähmungen; Knochen- und Weichteiltumoren; Frakturen und Folgen von Frakturen; Pseudarthrose; Knochen- und Gelenkinfektionen; angeborenen und erworbenen Deformitäten der Gliedmaßen.

Darüber hinaus widmet er sich der rekonstruktiven Chirurgie bei Hand- und Fußverletzungen; der Knochen transplantation und der partiellen und totalen Gelenkimplantation; dem prothetischen Ersatz von Gelenken; der Mikrochirurgie; der Arthroskopie; der Verlängerung von Knochen bei angeborenen oder erworbenen Verkürzungen, Kleinwuchs oder Zwerghwuchs; und der Revasikularisation und Transplantation bei Rückenmarksverletzungen und Gelenknekrose.

Er bietet spezialisierte Dienstleistungen im Bereich Fixierungstechniken und zur Behandlung von Sportverletzungen und -unfällen.

Zum Komplex gehört auch das Zentrum für Körperliche Gesundheit und Sport ORTOFORZA, das der Förderung, Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der körperlichen Gesundheit durch medizinische Überwachung der Rehabilitation und des Sports dient; dies alles in einer komfortablen Einrichtung mit medizinischen Praxen, Fitnesscenter mit verschiedenen Geräten, Squash- und Paddle-Tennis-Plätzen, Schwimmbad, Minigolf, Jogging-Pfad, Restaurant- und Cafeteria-Service und anderen Annehmlichkeiten.

Ebenfalls zum Komplex gehören die Iberoamerikanische Schule für Orthopädie und Traumatologie, wo Kurse und Praktika organisiert werden; und das Veranstaltungszentrum ORTOP, in dem Fachkongresse und verschiedene Konferenzen stattfinden. Dazu verfügen diese Einrichtungen über entsprechend ausgestattete Säle und technisch qualifiziertes Personal.



VERANSTALTUNGSZENTRUM
ORTOP



ZENTRUM FÜR KÖRPERLICHE
GESUNDHEIT UND SPORT
ORTOFORZA

DIE MAFIOSI DER CIA IN BOLIVIEN

Von Miami nach Vallegrande

51 Jahre nach dem Tod Ches weiß man, dass die Verantwortlichen für die Ermordung Che Guevaras und seiner Kampfgefährten Gustavo Villoldo Sampera, Félix Ismael Rodríguez Mendigutía und Julio Gabriel García García waren, die auf US-Militärstützpunkten die entsprechende Ausbildung erhielten, um solch beschämende Taten zu begehen

Francisco Arias Fernández

• DIE Anwesenheit einer großen Gruppe von CIA-Agenten kubanischer Herkunft, die im Innenministerium Boliviens infiltriert waren, um der Guerilla Che Guevaras den Krieg zu erklären und kriminelle Aktionen gegen die Linke durchzuführen, wurde kürzlich von einem engen Mitarbeiter der USA enthüllt, der zwischen 1964 und 1968 Chef der Geheimdienste Boliviens und der Technischen Abteilung der CIA in La Paz war.

In dem Dokumentarfilm *Operación Gaveta 1964-1968, La CIA en Bolivia, testimonio del agente CIA Ricardo Aneyba Torrico* (Operation Gaveta 1964-1968, Die CIA in Bolivien, Aussagen des CIA-Agenten Ricardo Aneyba Torrico) sagt dieser: „Es waren die Gringos, die in Bolivien das Sagen hatten; der ganze dritte Stock des Regierungsministeriums wurde von Miami Kubanern befehligt, die CIA-Offiziere oder -Agenten war.“

Die historischen Untersuchungen der kubanischen Forscher Adys Cupull und Froilán González tragen dazu Elemente bei, die in den Büchern *La CIA contra el Che* (Die CIA gegen Che) und *Sin olvido crímenes en La Higuera* (Unvergessene Verbrechen in La Higuera) zu finden sind, in denen bestätigt wird, dass nicht weniger als 12 CIA-Agenten kubanischer Herkunft mit falschen Namen registriert waren, von denen einige eine terroristische Vorgeschichte aufwiesen.

Es wird genau ausgeführt, dass an der Ermordung Ches und seiner Kampfgefährten drei von ihnen aktiv beteiligt waren: Gustavo Villoldo Sampera, Félix Ismael Rodríguez Mendigutía und Julio Gabriel García García, die alle die Gemeinsamkeit hatten, der antikubanischen terroristischen Mafia zu entstammen und auf der Gehaltsliste der CIA zu stehen, die sie in Infiltrationstechniken, Befragungen, Folter, Umgang mit Sprengstoffen, Abfangen von Korrespondenz, Telefonkommunikation und Verfolgung von Personen ausbildete.

Außerdem hatten alle gemein, dass sie in der einen oder anderen Form in Polizeiregistern auftauchten, weil sie in verschiedenen Teilen der Welt mit illegalem Drogenhandel zu tun hatten, auch in den Ländern und Regionen, wo sie im Namen der CIA und der USA kriminelle Aktionen durchführten. Aber die Beweise „reichen nie aus“ und sie entkamen der US-Justiz immer, ohne Schaden zu nehmen.

Ein schneller Blick auf das Leben des Agenten Gustavo Villoldo zeigt, dass er 1959 ein Mitarbeiter der Polizei Fulgencio Batistas war. Ein Jahr später rekrutierte ihn die CIA, um gegen Kuba zu agieren und zwei Jahre darauf war er bereits der leitende Agent der Infiltrations- und Sabotagegruppen. In Bolivien nahm er an den Befragungen und Folterungen der Festgenommenen teil und er rühmte sich öffentlich, den Leichnam Ches getreten und geohrfeigt zu haben und dass die Entscheidung, ihm die Hände abzuschneiden, von ihm stamme.

Von Brasilien und Mexiko aus koordinierte er Attentatspläne gegen kubanische Diplomaten, wurde von der CIA als Folteragent nach Vietnam geschickt und dann nach Honduras zum schmutzigen Krieg gegen Nicaragua.

Bereits 1978 hatte das FBI der CIA Beweise für seine Verstrickung in den Drogenhandel vorgelegt und ihm mitgeteilt, dass ein ihm gehörendes Flugzeug mit zwei Besatzungsmitgliedern kubanischer Herkunft, die in den Drogenhandel involviert waren, verschwunden sei. Sie schützten ihn und wiesen die Beweise zurück. Fünf Jahre später machte er ein Geschäft für den Verkauf von Meeresfrüchten auf, das aber nichts anderes als eine Fassade war, um weiter seinen mit der Mafia verbundenen Drogengeschäften nachgehen zu können.

In Fort Benning, Georgia, nahm er zusammen mit den Terroristen Luis Posada Carriles, Jorge Mas Canosa und Félix Rodríguez an einem Kurs zur militärischen Ausbildung teil.



Félix Rodríguez links neben Che Guevara vor dessen Ermordung in Bolivien

Was letzteren Terroristen angeht, der sich Félix Ramos nennen ließ, so wurde dieser 1941 in Kuba geboren und von seinem Onkel José Antonio Mendigutía Silvera erzogen, der Minister unter Fulgencio Batista und einer seiner engsten Mitarbeiter war.

Der „Kater“ Félix, wie er auch unter den Mafia-Baronen und CIA-Agenten bekannt war, hatte, bevor er 1960 Kuba verließ, an der Militärakademie in Havanna studiert. Er kam nach Florida, wurde von der CIA rekrutiert und an den Panama Kanal geschickt, um dort als Terrorist ausgebildet zu werden. Sein erster Vorschlag war ein Plan zur Ermordung des Commandante en Jefe Fidel Castro Ruz und er machte sich sofort daran, Geräte und Sprengstoffe für Sabotagen einzuschleusen, sowie die interne Konterrevolution zu versorgen, damit sie die Invasion in Playa Girón unterstütze. Einen Monat nach der vernichtenden Niederlage suchte er Asyl in einer Botschaft, von wo aus er nach Caracas in Venezuela flog und von da später in die USA.

Es war auch dieser CIA-Agent Félix Rodríguez, der am 9. Oktober 1967 um 10 Uhr die verschlüsselte Botschaft seiner Chefs mit dem Befehl erhielt, Che zu ermorden und er machte sich daran, diesen Befehl kurz nach 13 Uhr desselben Tages auszuführen, nachdem er versucht hatte, ihn zu befragen, ihn misshandelt und ihm gesagt hatte, dass er ihn töten werde – ein Akt der Feigheit, den selbst die bolivianischen Soldaten ablehnten. Die mit diesem Fall befassten Forscher erzählen, dass „der CIA-Agent auch auf den Körper von Che schoss.“

Mit dieser Bürgerschaft als Mörder wurde er mit der US-Staatsbürgerschaft belohnt. Die CIA sandte ihn 1968 nach Peru, damit er dort einer Fallschirmspringereinheit Unterricht für geheimdienstliche Aktionen und Patrouille erteile. Sie schickte ihn nach Südvietnam, um Gefangene zu befragen und zu foltern, und daraufhin wurde er mit einem Orden ausgezeichnet.

In den 80er Jahren wurde er in Operationen und im schmutzigen Kriegen der USA in Uruguay, Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador, Chile und Nicaragua eingesetzt und war in das verwickelt, was als Iran-Contra Skandal bekannt wurde.

Die letzten Bilder von ihm, die öffentlich wurden, zeigen ihn in Panama Stadt beim Amerikagipfel, als er zusammen mit anderen Mafiosi und Terroristen in einem Kleinbus vor der Reaktion des Volkes auf seine Provokationen flüchtete.

Die Forschungen von Froilán González und Adys Cupull ergaben, dass der CIA-Agent, der den Entschluss fasste, die Hände Ches abzuschneiden, Julio Gabriel García García hieß und 1928 in Havanna geboren wurde. Er war ein Mann, der unter Größenwahn litt. Er hatte bei der faschistischen Polizei Francos in Spanien gearbeitet und danach bei der Geheimpolizei Batistas. Er war es, der nach dem Sieg der Revolution einen Teil der Archive des Büros zur Unterdrückung kommunistischer Aktivitäten (BRAC), wo er als Ausbilder fungierte, in die Botschaft der USA brachte, um sie später außer Landes zu bringen.

In Bolivien richtete er sich im Gebäude des Innenministeriums ein, besetzte dort fast den gesamten dritten Stock und nutzte die Dienste des Geheimdienstes für seine Zwecke. Er nahm an Befragungen und der Folterung von Bauern, sozialen Führern und Guerilleros teil und wendete dabei extreme Formen von Ge-

walt an; unter anderem warf er Guerillakämpfer aus Hubschraubern.

Auch er erhielt dank seiner blutbefleckten Dienste die US-Staatsbürgerschaft, die er als die „größte Ehre seines Lebens“ betrachtete. Danach beriet er Militärdiktaturen in Lateinamerika und war schließlich in einen Drogenskandal im Dienste der Miami-Mafia involviert, der mit einer Hausdurchsuchung des FBI und einer Pistole im Mund endete. Der damit verbundene Schrecken führte zu einem Infarkt, er wurde krank und man musste ihm beide Beine amputieren.

Villoldo und Rodríguez waren einige der wenigen, die zur Beerdigung kamen, und sie mussten der Witwe helfen, die Kosten zu tragen, denn sie beklagte sich, dass die CIA ihn im Stich gelassen habe und die 22 Jahre Dienst nicht zählen würden.

51 Jahre danach illuminiert der unsterbliche lateinamerikanische und universale Che eine optimistische und rebellische Zukunft, trotz der Ungerechtigkeiten und Verbrechen der Mafiosi und Agenten von heute, die wie jene von gestern keine andere Zukunft als die der Verachtung, der Verurteilung und des Vergessens haben. •

Zeit, sich ein
anderes Bild
von der Welt
zu machen.

www.jungewelt.de/probeabo
Abotefelefon: 0 30/53 63 55 84

twitter.com/jungewelt f www.facebook.com/jungewelt



Präsident Kubas eröffnet offiziellen Account auf Twitter: @DiazCanelB

Seit dem 10. Oktober 2018, dem 150. Jahrestag des Beginns des nationalen revolutionären Prozesses, ist Miguel Díaz-Canel Bermúdez der hochrangigste Politiker Kubas mit einem offiziellen Konto auf dem sozialen Netzwerk Twitter



Profil des Präsidenten Díaz-Canel auf Twitter

Yisel Rodríguez Milán

• NEUE Zeiten bringen neue Kommunikationskanäle mit sich. Nationale und internationale Studien über den Informationskonsum verschiedener Bevölkerungsgruppen zeigen, dass es den Menschen derzeit im 21. Jahrhundert nicht mehr ausreicht, aus dem Radio oder Fernsehen Nachrichten zu erhalten oder etwas zu lesen, das sie nicht unterstützen oder zurückweisen können.

Die Bürger wollen Gesprächspartner, und wenn es sich um Menschen mit hoher Verantwortung im gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Leben ihres Landes handelt, erst recht. Das Internet bietet diese Möglichkeit. Seine sozialen Netzwerke ermöglichen sofortiges Versenden von Mitteilungen und Antworten und auf den Websites findet man Zugang zu Publikationen direkt an deren Informationsquellen.

Seit dem 10. Oktober 2018, dem 150. Jahrestag des Beginns des nationalen revolutionären Prozesses, ist Miguel Díaz-Canel Bermúdez der hochrangigste Politiker Kubas mit einem offiziellen Konto auf dem sozialen Netzwerk Twitter, eines der sozialen Netzwerke, das politische Persönlichkeiten der ganzen Welt am meisten nutzen, um direkter mit der Bevölkerung und anderen politischen Akteuren zu interagieren.

Díaz-Canel hatte es im Juli angekündigt, als er auf dem 10. Kongress des Journalistenverbandes kurz vor Beginn seiner Rede dem Publikum sagte: „Vor Dezember bin ich auf Twitter.“

Seitdem hatte es sowohl auf Facebook als auch auf dem oben genannten Netzwerk verschiedene Meinungen darüber gegeben, ob der Präsident ein Konto haben sollte oder nicht ...

AUF TWITTER, WARUM UND WOFÜR?

Freudige Reaktionen gab es bei denen, die die bevorstehende Öffnung des Kanals als eine Gelegenheit sahen, die Gedanken des Präsidenten der Nation aus erster Hand zu erfahren.

Aber es gab auch Reaktionen dagegen, wobei sich die Vorbehalte auf die Bedingungen des Internetzugangs auf der Insel begründeten, obwohl es bereits 755 öffentliche Plätze mit WLAN und 211 Navigations-säle gibt.

Wie die Präsidentin des Telekommunikationsunternehmens ETECSA, Mayra Are-

vich, kürzlich bekanntgab, haben inzwischen auch über 51.700 Familien einen Internetanschluss in ihrer Wohnung und in allen Gemeinden ist die 3G-Technologie installiert worden, mit einer Kapazität, um bis zu 65 % der Bevölkerung den Service zur Verfügung zu stellen.

Die Präsenz des kubanischen Präsidenten im Internet wird auch dazu dienen, die Verbindung zu kubanischen Gemeinschaften im Ausland zu stärken, die nun über einen einfachen und schnellen Weg verfügen, um sich mit dem wichtigen Entscheidungsträger auszutauschen.

Im internationalen Kontext wird Twitter als gutes Instrument der politischen Kommunikation betrachtet, mehr noch als Facebook und vor allem für die linken Politiker in Ländern, über welche die wahrheitsgemäße Berichterstattung durch die große Presse zum Schweigen gebracht oder manipuliert wird.

Nach Twiplomacy, einem Projekt der Firma Burson-Marsteller, das das Auftreten von Führungspersönlichkeiten der ganzen Welt in sozialen Netzwerken untersucht, wird in Lateinamerika vor allem Twitter genutzt, wobei viele Präsidenten die Nachrichten persönlich senden.

Eine im Juli 2018 veröffentlichte Studie des Projekts zeigte, dass südlich des Rio Bravo der Präsident Boliviens der letzte gewesen war, der ein Konto auf Twitter öffnete. 91% der Regierungen sind auf Facebook und der argentinische Präsident Mauricio Macri ist einer der Meistbeachteten auf Snapchat und Instagram.

Im Rahmen der Untersuchung von 951 Konten von Staats- und Regierungschefs, Außenministern und ihren Institutionen in 187 Ländern wurde auch gezeigt, dass der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro -ständige Zielscheibe einer Rechten, die die Technologie beherrscht und verwendet, um ihre Vorherrschaft zu festigen - den 12. Platz unter den 50 einflussreichsten Führungspersönlichkeiten der Welt auf der im Jahr 2006 von Jack Dorsey geschaffenen Plattform einnimmt.

DORT SEIN, WO DAS VOLK IST

Kuba weist eine außergewöhnliche Tradition der politischen Kommunikation auf, die über die traditionelle Nutzung von Zeitungen, Radio oder Fernsehen hinausgeht.

Fidel Castro, der Comandante en Jefe der Revolution, lehrte das Volk, Informationen

zu verlangen, und gewöhnte es durch sein ständiges Handeln daran, eine Erklärung für jede Situation und jede von der Regierung getroffene Maßnahme zu erhalten.

Als Beweis dafür verbleiben im kollektiven Gedächtnis des Landes seine langen Reden vor Menschenmengen auf den Plätzen, seine Auftritte bei Diskussionsrunden, seine Besuche an den unwahrscheinlichsten Orten, um sich mit den Familien auszutauschen, seine Antworten auf die Briefe, die ihm in den Staatsrat und das Zentralkomitee der PCC gesendet wurden, ... und seine Reflexionen, die ursprünglich in Cubadebate veröffentlicht wurden, einem digitalen Medium, das geschaffen wurde, um den Medienterrorismus gegen die Insel zu bekämpfen.

„Das Internet scheint für uns erfunden zu sein“, hatte der Revolutionsführer in einem

Gespräch mit Mitgliedern des Journalistenverbandes gesagt.

Deshalb wird es viele nicht erstaunen, dass die moderne Zeit das Mitwirken in sozialen Netzwerken, angefangen bei Twitter, als Teil der Strategie der Kommunikation mit dem Volk vorangetrieben hat.

Insbesondere, wenn ihr Protagonist, der derzeitige kubanische Staatspräsident, öffentlich und ausdrücklich den politischen Willen erklärt hat, die kubanische Bevölkerung mehr und mehr an den Gebrauch der Technologie heranzuführen.

Das umfassende Programm für die Entwicklung der Computerisierung der kubanischen Gesellschaft, das im Februar 2017 angenommen wurde und auf der Website des Ministeriums für Kommunikation veröffentlicht ist, erklärt, dass eine der Prioritäten die Umsetzung des E-Government ist, um Informationen und Dienstleistungen für die Bürger zu verbessern sowie deren Teilnahme zu erhöhen. Díaz-Canel hat am 10. Oktober einen wichtigen Schritt im Sinne dieses Vorhabens getan.

Falls Sie, lieber Leser, nie auf Twitter waren und es vielleicht nicht einmal kennen, müssen Sie sich aber auch keine Sorgen machen. Der Präsident hat in dem halben Jahr, das er im Amt ist, gezeigt, dass der Kontakt mit den Menschen durch regelmäßige Besuche in allen Provinzen des Landes eine seiner grundlegenden Arbeitsmethoden ist, die er auch fortführen wird. Auch der Rest der traditionellen Kanäle wird beibehalten und möglicherweise bereichert werden.

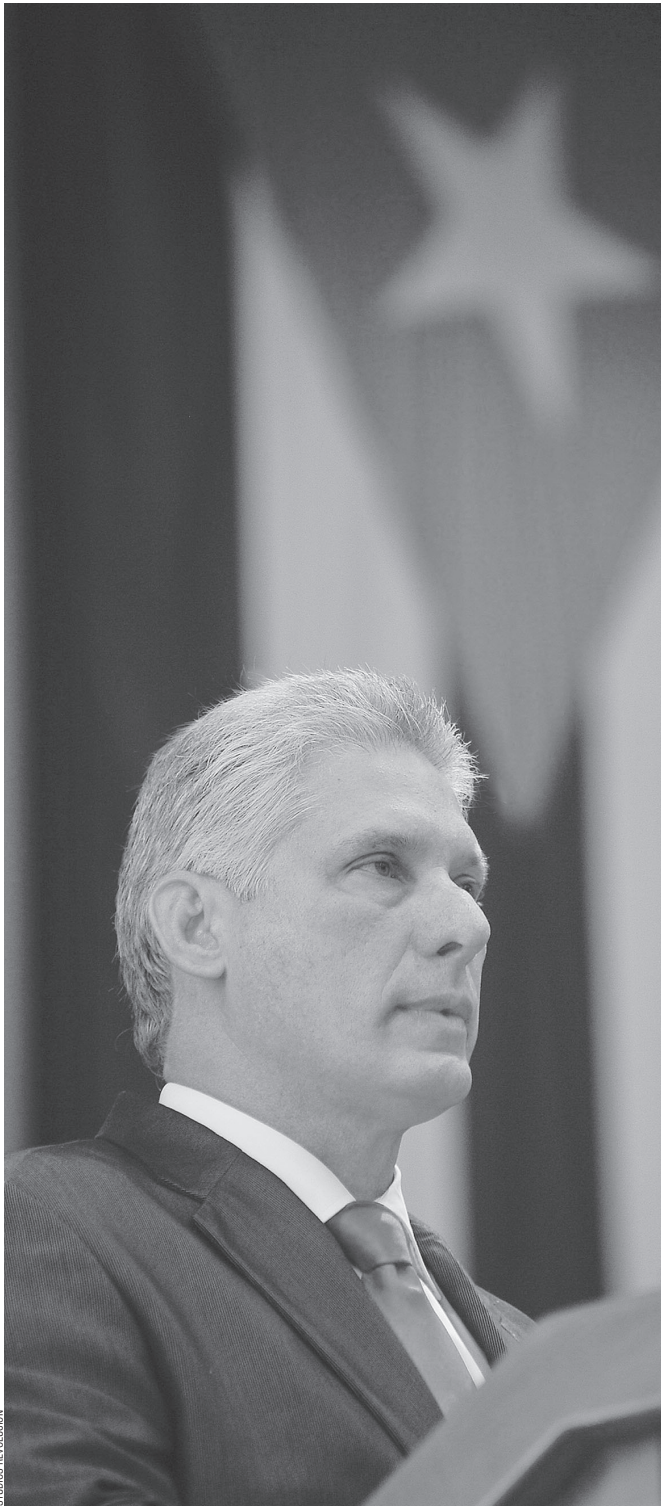
Aber wenn Sie ein Internet-Konsument sind, nutzen Sie die Gelegenheit, die Botschaften des Präsidenten Kubas aus erster Hand zu verfolgen und sich mit ihm auszutauschen. Der Weg, der sich jetzt auftut, wird dazu beitragen, die Art und Weise der Interaktion mit der Regierung zu stärken. Wir alle können daran teilhaben.

NUTZUNG SOZIALER NETZWERKE FÜR POLITISCHE ZWECKE AUF WELTEBENE

- 97 % Prozent der 193 Mitgliedsstaaten der UNO haben offizielle Konten. Der Account dieser internationalen Organisation wird von den Staatsmännern der Welt am meisten verfolgt.
- Das kubanische Außenministerium hat im Mai 2010 seinen Account im Netzwerk eröffnet.
- Alle G20-Regierungen sind offiziell vertreten und sechs der G7-Staatschefs haben ein persönliches Konto. Nur Angela Merkel meidet das soziale Netzwerk; obwohl sie seit August 2017 ein Konto (jetzt inaktiv) hat.
- Nach Twitter ist Facebook das zweitbeliebteste Netzwerk in Sachen digitaler Diplomatie, gefolgt von Instagram und YouTube
- Donald Trump ist der Präsident mit den meisten Followern. Sein Tweet mit dem größten Aufsehen war „CNN fake news“
- Der Franzose Emmanuel Macron ist innerhalb der Europäischen Union der Präsident mit den drittmeisten Anhängern. Seine am meisten beachtete Botschaft lautete: „Make Our Planet Great Again!“, die er am Tag nach dem Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen versandte.
- Papst Franziskus unterhält neun separate Konten auf verschiedenen Sprachen
- Das Konto der Präsidentschaft Venezuelas wird auf 14 Sprachen geführt und ist eines der aktivsten Konten der Welt.
- Das Vereinigte Königreich hat das größte Netzwerk von Diplomaten auf Twitter, mit einem Register von 413 Diplomaten in diesem Szenario. Russland steht an zweiter Stelle.
- Barack Obama war am 5. März 2007 der erste bedeutende Politiker, der einen Twitter-Account einrichtete, als er noch Senator in Illinois war. •

Quelle: Studie von Twiplomacy 2018

Díaz-Canel: Wir marschieren voran mit diesem Volk, wie es die Revolution immer getan hat!



ESTUDIOS REVOLUCIÓN

Interview, das Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Präsident des Staats- und des Ministerrats, der Journalistin Patricia Villegas, Präsidentin von Telesur, im Revolutionspalast gewährte und das von diesem multinationalen Sender am 16. September 2018, „60. Jahr der Revolution“, ausgestrahlt wurde

(Übersetzung der stenografischen Version des Staatsrats)

Patricia Villegas: Vom Revolutionspalast der Stadt Havanna in Kuba aus begrüßen wir den Präsidenten dieses Landes.

Vielen, vielen Dank, Herr Präsident Miguel Díaz-Canel, dass Sie der Einladung von Telesur zu diesem Interview zugestimmt haben. Es wird simultan über Telesur in spanischer und Telesur in englischer Sprache ausgestrahlt.

Sie üben jetzt seit vier Monaten das Regierensamt aus. Wie würden Sie diese Monate bewerten? Was haben sie für Sie bedeutet?

Miguel M. Díaz-Canel: Patricia, zunächst einmal einen Gruß an Telesur, an die Zuschauer von Telesur, dem Kanal, der eine so wichtige Rolle bei der Erzeugung der aufbauenden Inhalte einnimmt, die Unser Amerika heute braucht. Ich glaube, es waren dies Monate mit vielen Erfahrungen und auch Monate, die ein großes Nachdenken mit sich gebracht haben.

Nachdem die konstituierende Versammlung der Neunten Legislaturperiode der Nationalversammlung der Volksmacht zu Ende gegangen war, bei der es eine Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei Armeegeneral Raúl Castro Ruz gab, die meiner Ansicht nach eine programmatische Rede war, begannen wir die Richtlinien, die in dieser Rede enthalten waren, zu studieren und darüber nachzudenken. Wir taten dies gemeinsam im Exekutivkomitee des Ministerrats und anschließend im gesamten Ministerrat, um zu sehen, wie wir diese in die Regierungsarbeit einbringen konnten, und wir kamen zu verschiedenen Schlussfolgerungen, die wir versucht haben, umzusetzen:

Erstens, diesem Konzept zu entsprechen, dass dies eine Regierung des Volkes für das Volk ist, was gleichbedeutend damit ist, eine Regierung für die Revolution zu sein, und dann haben wir uns vier Grundpfeiler für die Kader aufgestellt und diese mit den Kadern besprochen: Einmal, dass die Kader, außer Vorbild zu sein, auch in der Lage und bereit sein müssen, in den verschiedenen Regierungsinstanzen und vor allem vor dem Volk über ihre Arbeit Rechenschaft abzulegen.

Ein zweites Element hat mit der Verbindung, der Debatte und dem ständigen Austausch mit der Bevölkerung zu tun und dass wir dort sein müssen, wo die Dinge am schwierigsten sind, an Orten, wo es die größten Komplikationen gibt.

Ein dritter Pfeiler ist der, dass die Kader, die Führungskräfte in Kuba, in der Lage sein müssen, die soziale Kommunikation als eine wichtige Waffe, als ein Arbeitsinstrument anzuwenden.

Patricia Villegas: Dabei wird es eine tiefgreifende Veränderung in der Revolution geben?

Miguel M. Díaz-Canel: Wir befinden uns mitten in der Umsetzung der verabschiedeten sozialen Kommunikationspolitik und ich glaube, dass damit unser gesamtes Mediensystem aktualisiert wird, aber auch, über die Medien und den Journalismus hinaus, die Kommunikationskultur, die das Land benötigt.

Patricia Villegas: Das kommunikative Angebot ganz allgemein?

Miguel M. Díaz-Canel: Das kommunikative Angebot in der Interaktivität zwischen dem Volk und der Regierung über die Kommunikationsmedien, die sozialen Netze.

Unser Bestreben geht dahin, eine erste Etappe der Präsenz des E-Governments, der elektronischen Regierung des Landes, erklären zu können, die sehr stark auf allen digitalen Plattformen basiert, über die von der Regierung aus die Interaktion mit der Bevölkerung und somit die Teilnahme der Bevölkerung an der Entscheidungsfindung durch diese Plattformen ermöglicht wird.

Patricia Villegas: Die Bevölkerung war oft äußerst kritisch, was die Form angeht, in der die Revolution kommuniziert hat. Wird sich das ändern, kommt es da zu einer Umwandlung?

Miguel M. Díaz-Canel: Zunächst einmal denke ich, dass die kubanische Presse unter den Bedingungen, die sie hatte, um unter den kommunikativen Herausforderungen der Revolution zu bestehen, immer eine Presse war, die die Revolution mit großer Professionalität, und, ich würde auch sagen, sehr wirksam verteidigt hat. Aber wir haben auch Erscheinungsformen gehabt, dass gelegentlich vielleicht zuviel gerechtfertigt wurde. Wir waren manchmal auch nicht in der Lage, einige Themen von öffentlichem Interesse wiederzugeben. Also, ich glaube, wir müssen noch daran arbeiten, dass die Schwerpunkte des öffentlichen Lebens in entsprechender Weise von den Medien aufgegriffen werden.

Aber alles, was mit der Schaffung von Inhalten zu tun hat, ist wichtig. In der Welt von heute überwiegen die demobilisierenden perversen Inhalte der Plattformen der kolonialen Restauration, die man versucht, uns aufzuzwingen. Ich sage immer: Wenn wir ein hauptsächlich junges Publikum haben, dessen Kommunikationscodes nicht die traditionellen Kommunikationsmedien, sondern die sozialen Netze sind, und diese sozialen Netze voller Inhalte sind, die die Realität unserer Völker verfälschen, die außerdem die Identität und die Kultur unserer Völker beeinträchtigen, so ist es notwendig, dass wir in der Lage sind, sie von unseren kommunikativen Plattformen aus mit den aufbauenden Inhalten unseres Volkes zu überschwemmen.

Patricia Villegas: Ist es Ihnen ein Anliegen, mit den jüngeren Sektoren der kubanischen Gesellschaft in Verbindung zu stehen? Haben Sie das Gefühl, dass Sie dies auf irgendeine Art nicht sind?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, das ist eine Notwendigkeit der Revolution. Fidel war ein großer Anhänger davon, Fidel ging in die Universitäten, wenn er über ein Problem diskutieren wollte. Seine Treffen auf der Plaza Cadenas an der Universität von Havanna in den ersten Jahren der Revolution sind dafür berühmt.

Für mich war es, erst in meiner Führungsfunktion im Jugendverband, dann als Parteisekretär in zwei Provinzen und als ich das Amt des Ministers für Hochschulbildung ausübte, eine Notwendigkeit, auf die jungen Menschen zuzugehen, die immer etwas Wichtiges beitragen und so erfrischend sind, und über ihre Bestrebungen wie auch über ihre Bereitschaft, teilzunehmen und Vorschläge zu machen, Bescheid zu wissen.

Deswegen ist diese Kommunikation der dritte Pfeiler, der die Arbeit eines Kaderns bestimmen muss.

Der vierte Pfeiler ist, dass wir, die wir Führung übernommen haben, uns immer bewusst sein müssen, dass die Lösungen für unsere Probleme sehr komplex sind und wir deswegen nicht von nur einer Alternative sprechen können, sondern jedes schwierige Problem mit verschiedenen Alternativen angegangen werden muss. Fidel hat dieses Konzept aufgestellt und die einzige Weise, es wirksam umzusetzen, ist, die wissenschaftliche Forschung zu Rate zu ziehen, von der Wissenschaft ausgehend Innovationen zu suchen, denn oft forschen wir, setzen es aber dann nicht um. Dass also die in Innovation verwandelte wissenschaftliche Forschung und die Computerisierung der Gesellschaft als Werkzeuge für die Lösung der Probleme benutzt werden, soll ebenfalls einer der Pfeiler sein, von denen jeder Kader in seiner Art des Tuns und Handelns bestimmt wird.

Patricia Villegas: Ist auf diesen vier Pfeilern auch Ihr Entschluss begründet, in die Provinzen zu gehen und sich dort mit den Leuten auf der Straße zu treffen? Ich habe in den letzten Stunden Bilder Ihres Besuchs in einer der kubanischen Provinzen gesehen. Die Leute begrüßen

Sie, übergeben Ihnen Briefe, bitten Sie um Lösungen von Problemen und, Herr Präsident, ich habe auch etwas gehört, das man selten von Präsidenten hört, von Leuten, die an der Regierung sind, und das ist der Satz, dass „es Probleme gibt, die wir nicht lösen können“. Es ist ein Ausdruck absoluter Ehrlichkeit anzuerkennen, dass das Probleme sind, die uns überwältigen. Wie ist das zu erklären?

Miguel M. Díaz-Canel: Das hat alles sehr viel mit den Überlegungen zu tun, die wir, wie ich dir gesagt habe, über die Rede des Armeegenerals anstellten. Wir machten uns bewusst, dass es da eine Sprosse in der Regierungstätigkeit gab, die wir verstärken mussten, und das war die Interaktion. Es musste ein besseres Zusammenspiel zwischen der Zentralregierung und den Regierungen der Territorien, mit den lokalen und den Provinzregierungen gesucht werden.

Patricia Villegas: Hat das etwas damit zu tun, dass Sie aus einer Provinz kommen?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, es ist sehr gut, wenn jede kubanische Führungskraft, die die Stufen der nationalen Leitung erklimmt, Erfahrungen auf Provinzebene, Erfahrungen in den Territorien gemacht hat. Denn in einem Territorium verteidigt man gleichzeitig die nationalen Programme, die für die Revolution fundamentalen Programme, aber man muss auch im Sinne der Problematik der Gemeinden, der örtlichen Begebenheiten auftreten, entwickeln und schaffen, und das ist ein Element, das jetzt schwer wiegt, die Autonomie, die wir den lokalen Regierungen im Verfassungsentwurf geben möchten, der zur Zeit debattiert wird.

Also, wie ich dir sagte, wir überlegten, wie man die Beziehung zwischen der Zentralregierung und den territorialen und lokalen Regierungen stärken kann. Wir gaben dem Ersten Vizepräsidenten des Staats- und des Ministerrats die Vollmacht, eine Struktur einzurichten, die sich direkt mit der Beziehung der Zentralregierung zu der der Territorien befasst. Die Regierungen dieser Territorien wissen daher jetzt schon, dass sie sich direkt an das Büro des Ersten Vizepräsidenten oder an mein Büro wenden können, um die Lösung zu suchen oder uns die Problematik mitzuteilen, die über den Rahmen hinausgeht, innerhalb dessen sie die Lösung selbst erreichen können.

Und um diese Beziehung zu vervollständigen, haben wir unter anderen Mechanismen das System der Besuche geschaffen. Wir versuchen, pro Monat mindestens in zwei Provinzen Besuche des Ministerrats, also in Zusammensetzung des Ministerrats, zu machen, so dass wir in einem Jahr jede Provinz wenigstens zwei Mal besuchen können.

Hinzu kommt, dass die Nationalversammlung der Volksmacht mit ihren Arbeitsausschüssen die Territorien systematisch besucht. All dies gibt uns einen Hintergrund, gibt uns eine Reihe von Problemen, die zu lösen sind, aber es liefert uns auch ein gesamtes Spektrum darüber, was die Leute denken, über ihre Bereitschaft, ihre Stimmungsfrage und es ermöglicht, über all das mit den Leuten zu sprechen.

Wenn es darum geht, Probleme zu lösen, sage ich immer: Zuerst muss gegeben sein, dass dieser Dialog ehrlich ist, er muss auf der Grundlage der Wahrheit stattfinden, auf der Grundlage von Argumenten.

Patricia Villegas: Hat sich Ihre Wahrnehmung von den Problemen des Landes nach diesen Rundreisen durch die Provinzen geändert oder haben sich, sagen wir, die zentralen Probleme Kubas bestätigt?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, dass sich die zentralen Probleme bestätigen, wir können auf einige Besonderheiten eingehen, aber vor allem können wir Hindernisse aus dem Weg räumen, wir können der Lösung zu mehr Dynamik verhelfen.

Es gibt Probleme, die so groß sind, dass es keine sofortige Gesamtlösung für sie gibt, aber wenn wir uns jeden Tag richtig damit beschäftigen, können wir ein Stückchen des Problems herausreißen und es lösen und so wird das Problem nicht größer, sondern wenn wir Teile aus ihm entfernen, wird diese ständige Handlung eine Synergie bei der Bewältigung und der Lösung erzeugen und man bleibt nicht mehr stehen, sondern kommt voran.

Es gibt andere Probleme, die man sofort lösen kann, wenn es sich um eine bürokratische Hürde handelt, um einen Mangel an Aufmerksamkeit



Patricia Villegas während des Gesprächs mit dem Präsidenten des Staats- und des Ministerrats der Republik Kuba, Miguel Díaz-Canel Bermúdez

oder fehlende Sensibilität für ein Problem, das teilen uns die Leute in diesen Gesprächen und diesen Treffen mit. Und dann gibt es Probleme, bei denen wir mit aller Ehrlichkeit erklären müssen, dass sie in diesem Moment die Möglichkeiten des Landes übersteigen.

Patricia Villegas: Warum übersteigen sie die Möglichkeiten des Landes?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, dass das Haupthindernis für die Entwicklung des Landes, das, was das alltägliche Leben der Kubaner und Kubanerinnen und auch das wirtschaftliche und soziale Leben am meisten beeinträchtigt, die Blockade ist. Die von den USA aufgezwungene Blockade, die eine barbarische Praktik ist, erfüllt meines Erachtens nach den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, sie stellt einen Angriff gegen ein Volk dar. Es geht darum, ein Volk dazu zu verurteilen, an Hunger oder an Entbehrungen zu sterben. Sie geht sogar über den territorialen Aspekt hinaus, weil sie der Welt in ihrer Beziehung zu Kuba Normen auferlegt, die völlig exterritorial sind. Sie ist in diesen Zeiten noch verschärft worden und es herrscht darüber hinaus eine gewaltige finanzielle Verfolgung. Daher ist der Fluss von Kapital, der Fluss von Investitionen nach Kuba auch für jene mit der größten Bereitschaft mit viel Mühe verbunden, denn es besteht seitens der US-Regierung ein großer Druck dagegen. Und es handelt sich hier um eine Blockade, die sich schon 60 Jahre hinzieht.

Man sagt, also meine Generation, die in den ersten Jahren der Revolution geboren wurde, sagt, nur weil sie in Kuba geboren wurde, sei es eine blockierte Generation. Unsere Kinder, unsere Enkel sind Generationen, die unter den Bedingungen der Blockade geboren wurden, was Bedingungen des Widerstands impliziert.

Ich glaube, dass es auch eine Anerkennung für das Heldentum gibt, dafür, wie ein kleines Volk, das unter Blockade steht, das nicht von irgendjemandem, sondern von der mächtigsten Macht des Planeten blockiert wird, in der Lage gewesen ist, durchzuhalten und seine eigene emanzipatorische Plattform zu entwickeln, was sehr zu rühmen ist, und ich glaube, dies ist nicht nur ein Ausdruck der Widerstandskraft, sondern auch des Sieges.

Patricia Villegas: Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Anteil, den die Blockade bei den Problemen und deren Lösungen einnimmt, die die

Leute in den Provinzen und in der Hauptstadt jetzt und vorher schon dargelegt haben, und dessen, was Comandante Raúl Castro „das Lösen von Knoten“ genannt hat? Wie viele eigene, interne Knoten gibt es noch?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, die Blockade hat schwere Auswirkungen, denn sieh dir an, jedes Mal, wenn du eine Beziehung oder einen Aspekt des wirtschaftlichen und sozialen Leben des Landes analysierst und anfängst abzustechen, welches die Hindernisse sind, so sind viele dieser Hindernisse direkt mit der Blockade verbunden. Andere aber, die subjektiven, die das Verhalten, die Art zu handeln sein können, sind oftmals auch in dem Misstrauen begründet, das die Blockade schafft, und in dieser Beharrlichkeit, mit der die Blockade dich zu einem Handeln zwingt, bei dem du dich ständig verteidigst und dir dauernd überlegst, welchen Schritt du jetzt unternehmen wirst, damit sie dich nicht zerstören können.

Das führt dann manchmal zu einer Verlangsamung beim Entscheidungsfällen und der Art, die Dinge anzugehen. Die Leute haben dauernd vor Augen, mit dem, was sie tun, dem Land keinen Schaden zuzufügen, es nicht zu schwächen, und letztendlich gibt es für alles eine Erklärung, die in Verbindung mit der Blockade steht. Deswegen könnte jemand sagen: Die Blockade ist für euch zur Obsession geworden. Nein, ich glaube, dass diejenigen, für die es zur Obsession geworden ist, uns zu blockieren, die US-Regierungen sind. Wir wollen unter den normalen Bedingungen eines Landes leben. Wir sind für niemanden eine Bedrohung. Das, was wir haben, ist ein Wille und eine Berufung zur sozialen Gerechtigkeit, um eine bessere Welt aufzubauen, um ein besseres Land aufzubauen. Und zu dieser Berufung für die soziale Gerechtigkeit, die wir immer gehabt haben, kommt jetzt unter den aktuellen Bedingungen noch hinzu, dass wir diese von einer Gesellschaft begleitet sehen möchten, die Prosperität hat, und das Haupthindernis dabei ist die Blockade.

Patricia Villegas: Sprechen wir über den Entwurf zur Verfassungsreform. Wenn eine fundamentale Aktion, warum es diese Prosperität nicht gibt, die das kubanische Volk anstrebt und von der Sie soviel in den Provinzen und der Hauptstadt gesprochen haben, die Blockade ist, warum wird dann über eine neue Magna Carta

diskutiert? Warum überprüft man etwas im Innern, wenn der wichtigste Faktor von außen kommt?

Miguel M. Díaz-Canel: Die Frage ist interessant und bezieht viele Elemente unserer Realität mit ein.

Nun, ob die Blockade aufgehoben wird, hängt nicht von uns ab, das hängt von der Regierung der USA ab. Folglich können wir unser Streben nach Verwirklichung, unser Streben nach sozialer Gerechtigkeit, unser Streben nach dem unterordnen, was eine ausländische Regierung an politischen Maßnahmen ausführt. Wir sind uns bewusst, dass wir von unserer eigenen Kraft abhängen, von unseren Anstrengungen, unserem Willen und unseren Bemühungen.

In den letzten Jahren, seit dem 6. Parteitag, haben wir eine sehr intensive Debatte über die Problematik der Wirtschaft und der Gesellschaft geführt, die danach beim 7. Parteitag noch verstärkt wurde, und wir sind zu den sehr wichtigen Schlussfolgerungen gekommen, dass wir unser Wirtschafts- und Sozialmodell aktualisieren und dabei das Szenario der Blockade berücksichtigen müssen. Alles wäre günstiger ohne Blockade; deswegen bereiten wir uns vor und versuchen, das Bestmögliche innerhalb des schlimmsten Szenarios, der Blockade, zu tun. Wir haben eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die das Wirtschafts- und Sozialmodell aktualisieren: Ein nicht staatlicher Sektor der Wirtschaft ist entworfen und anerkannt worden ...

Patricia Villegas: Der stark anwächst.

Miguel M. Díaz-Canel: Der wächst, der eine Ergänzung der staatlichen Wirtschaft ist und der nicht der private Sektor des Neoliberalismus ist. Es ist ein nicht staatlicher Sektor, der das ergänzt, was man im staatlichen Unternehmen macht, der einen Bezug zum staatlichen Unternehmen und zum Staat hat. Es ist im Wirtschaftsplan und in unserer Planung enthalten, wieviel dieser Sektor zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, wieviel in diesen Sektor investiert werden muss, damit er in die Lage ist, zu produzieren oder Dienste zu leisten, und welchen Prozentsatz an Arbeitskraft er im Land ausmacht. Er ist also in unserem Wirtschaftsprogramm, in allen unseren Plänen enthalten und ist ein Sektor, von dem ich sagen würde, dass er in seiner Mehrheit zur Revolution steht.

Wir sind noch weiter gegangen, wir haben nicht

nur das Privateigentum und die Existenz dieses privaten Sektors anerkannt, sondern wir sind auch bei der Verwaltung einiger Teile des Staatseigentums durch nicht-staatliche Formen weitergekommen. Das heißt, es gibt Staatseigentum, das, ohne dass es aufhört, dieses Eigentum zu sein, vergeben wird, damit es von nicht staatlichen Formen, also privaten Arbeitern oder Kooperativen verwaltet werden kann.

In diesen Zeiten haben wir unsere Sicht über bürgerliche Rechte, über Menschenrechte erweitert. Wir halten verschiedene Vereinbarungen auf internationaler Ebene ein, die wir unterzeichnet haben und denen wir uns verpflichtet fühlen, die in unserer Verfassung nicht wirklich zum Ausdruck kamen. Auch die Denkweise der Kubaner über Themen, die früher tabu waren oder Themen waren, zu denen man eine andere Einstellung hatte, hat heute einen anderen Ansatz, vor allem beim jungen Teil der Bevölkerung. Das führte bereits dazu, dass wir anfangen, vielleicht nicht in totalen Widerspruch zu geraten, aber doch auf Schranken zu stoßen ...

Patricia Villegas: An einen Scheideweg zu gelangen?

Miguel M. Díaz-Canel: An einen Scheideweg, was das Institutionelle angeht bei den Dingen, die wir zu erproben versuchen, bei denen wir versuchen voranzukommen. Deswegen war die Verfassungsreform notwendig. Und diese Verfassungsreform verstärkt zuerst einmal eine Reihe unserer Postulate, unserer Überzeugungen, dass am Staatseigentum als der fundamentalen Eigentumsform festgehalten wird, auch wenn sie mit anderen Eigentumsformen kombiniert wird. Eine ganze Reihe von Rechten wird erweitert und natürlich wird weiterhin die Rolle der Partei als die leitende Kraft unserer Gesellschaft anerkannt.

Um mehr Autonomie für die Gemeindereregierungen zu erreichen und die Funktionsprobleme der Zentralregierung in diesem Zusammenhang zu lösen, streben wir außerdem eine kohärentere Struktur bei den Regierungsformen an.

Patricia Villegas: Ist das eine pragmatische Sicht auf das Land, auf seine Realität?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, es ist eine verantwortliche Sicht, eine objektive Sicht, eine realistische Sicht.

Ich glaube, diese Autonomie der Gemeinden ist eines der innovativsten Elemente, die schon in den von 6. Parteitag verabschiedeten und in erweiterter Form auf dem 7. Parteitag ratifizierten Leitlinien zum Ausdruck kamen, in der Konzeptualisierung des Kubanischen Wirtschafts- und Sozialmodells sehr gut skizziert sind und jetzt eine gesetzliche Unterstützung durch den Verfassungsentwurf erhalten. Wenn wir den Gemeinden Autonomie geben, ist es notwendig, dass es keine repräsentative Struktur der Provinz gibt, die das einschränkt, was die Gemeindevertretung für die lokale Entwicklung tun kann, und deswegen schlagen wir eine Modifizierung vor, schlagen vor, auf Provinzebene eine Regierungskoordination, eine Verwaltungskoordination zu belassen und dass die repräsentative Regierung in dieser Gemeinde ist.

Patricia Villegas: Das ist, sagen wir einmal, eine administrative Sicht des Staates, aber dies sind nicht notwendigerweise die Themen, die innerhalb dieses neuen Verfassungsentwurfs die größte Debatte in der Bevölkerung hervorrufen.

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, die Leute verstehen das. Sie sehen es als eine Notwendigkeit, nicht als einen Rückschritt, sondern ganz im Gegenteil. Bei der Debatte über diese Themen geht es in bestimmten Momenten eher darum, ob das Wort Gouverneur oder Intendant angemessen ist, das hat historische Gründe.

Patricia Villegas: Und noch um ein anderes Wort, ob das Land weiterhin kommunistisch ist oder nicht. Hat die kubanische Gesellschaft darauf verzichtet, eine kommunistische Gesellschaft zu sein?

Miguel M. Díaz-Canel: Hier glaube ich, muss man Elemente der Überzeugung, Elemente der Philosophie und der Wissenschaft, Elemente der Theorie miteinander verbinden, die man nicht abstreifen kann, und auch objektive Elemente. Darauf will ich jetzt nicht näher eingehen, darin bin ich kein Fachmann, aber aus dem, was man studiert hat und mit dem man zu argumentieren versucht, wenn man auf den klassischen Marxismus zurückgeht, ist die Produktionsweise, die wir anstreben, die des Kommunismus, deshalb sind Kommunismus und Sozialismus eng miteinander

verbunden. Wenn du den Sozialismus aufbauen möchtest, tust du dies, weil du zum Kommunismus gelangen möchtest, und wenn du vom Aufbau des Kommunismus sprichst, weißt du, dass du dafür den Sozialismus durchlaufen musst.

Patricia Villegas: Dann verstehen Sie das also nicht als ein Verzichten.

Miguel M. Díaz-Canel: Ich verstehe das nicht als ein Verzichten. Ich verstehe das so, dass jeder der beiden Begriffe den anderen beinhaltet. Wenn wir also jetzt eine Verfassung wollen, die sich mehr dem annähert, was heute objektiv möglich ist, sind wir heute näher am sozialistischen Aufbau, der das das unmittelbare Ziel ist und der immer noch ein sehr schwieriger und weit gefasster Aufbau ist. Um den Kommunismus anzustreben, müssten wir einen Aufbau anstreben, der nicht von einem einzigen Land abhängt, sondern davon, dass er international, weltweit errichtet wird.

Aber sieh, – und ich habe einige Debatten der Bevölkerung selbst erlebt, als ich bei den letzten Besuchen in den Provinzen an einigen Versammlungen teilgenommen habe –, es gibt soviel Klugheit in unserem Volk, soviel Verantwortung, mit der die Leute die Debatte annehmen, dass sich für mich das bestätigt hat, was ein befreundeter Dichter einmal zu mir sagte: Keiner von uns weiß soviel, wie wir alle zusammen. Und bei einer anderen Gelegenheit sagte er mir: So viele Menschen können sich nicht irren.

Ich glaube, dass der Text, der heute schon ein guter Text ist, den die Menschen als einen guten Verfassungstext anerkennen, noch an Stärke gewinnen wird, wenn wir die Aspekte einfügen, die diese Debatte der Bevölkerung beibringt, und der endgültige Text wird das berücksichtigen, was das Volk vorgeschlagen hat.

Patricia Villegas: Die Abstimmung findet im Februar statt. Aber man fragt sich auch, Herr Präsident, warum, wenn die Revolution sogar bereit ist, ihr Streben hin zum Aufbau einer kommunistischen oder sozialistischen Gesellschaft zu überprüfen, nicht auch andere Punkte überprüft werden, die auch strittig sind wie z.B. das Prinzip einer einzigen Partei, in diesem Fall der Kommunistischen Partei. Warum steht dies nicht zur Debatte? Oder ist es doch der Fall und wir wissen es nicht?

Miguel M. Díaz-Canel: Patricia, hier ist eine Sache interessant, die einen Lachen bringt. Wer sich am meisten darüber Sorgen macht, ob es Sozialismus oder Kommunismus sein wird, ist nicht einmal das kubanische Volk; es sind die, die uns von außen schlechtmachen. Jetzt gibt es Leute, die den Kommunismus oder den Sozialismus mehr anstreben als wir selber, obwohl sie uns ein Leben lang deswegen angegriffen haben. Das zeigt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird, die Doppelmoral, die auch manchmal dann zum Vorschein kommt, wenn es darum geht, die kubanische Realität zu erörtern und diese historischen Besonderheiten nicht beachtet werden.

Ich denke, dass alle Themen der Verfassung debattiert werden, einige werden von der großen Mehrheit akzeptiert, bei anderen ist eine Minderheit nicht einverstanden und bei wieder anderen sucht man einen Konsens, weil es so viele verschiedene Meinungen gibt.

Das Thema der führenden Rolle der Kommunistischen Partei Kubas in unserer Gesellschaft, auf die wir nicht verzichten und die von der Mehrheit des Volkes unterstützt wird, hat mit Gründen zu tun, die ihre Grundlage in der Geschichte haben. Manchmal wird diese kubanische Realität nicht verstanden, weil immer versucht wird, die Position der Partei oder die Rolle, die die Kommunistische Partei Kubas in unserer Gesellschaft ausübt, als die einer Partei zu sehen, die zur Wahl steht. Aber unter den Bedingungen Kubas ist es keine Partei, die gewählt wird, das geht auf historische Wurzeln zurück. Als Martí die Revolutionäre Kubanische Partei gründet, die vom historischen Gesichtspunkt aus gesehen die Grundlage für die heutige Kommunistische Partei Kubas darstellt, tut er dies nicht, weil er eine Partei für Wahlen möchte. Martí strebt nach einer Partei, um für die Revolution zu kämpfen und sie durchzuführen, die dem Land auf der Grundlage der Einheit Unabhängigkeit und Souveränität geben soll. Er will eine völlig offene und demokratische Partei, um die Interessen der Mehrheit im Hinblick auf die Unabhängigkeit und die Souveränität einzubeziehen, die keine Möglichkeiten für

Brüche, keine Möglichkeiten für Spaltung bietet.

Unsere Geschichte ist sehr stark vom Thema der Einheit, der Notwendigkeit der Einheit geprägt. Wenn man unsere Geschichte betrachtet, so haben wir immer Rückschläge erlitten, wenn es Lücken in der Einheit gab, wenn die Einheit zerbrochen war. Der Erste Unabhängigkeitskrieg, der Krieg der Zehn Jahre, war ein langer Krieg, von dem wir im Oktober den 150. Jahrestag seines Beginns begehen. Am hundertsten Jahrestag dieses Krieges definierte Fidel etwas, was äußerst wichtig ist: Es hat nur eine Revolution in Kuba gegeben. Deswegen ist das Element der Kontinuität hierin gut ausgedrückt. Dieser Tag markierte nicht nur den Beginn der Unabhängigkeitskriege, sondern auch den Beginn der Kämpfe des kubanischen Volkes, und es ist in all diesen Jahren ein einziger fortlaufender Kampf gewesen.

Dieser Krieg, dieser Krieg der Zehn Jahre, ein langer und heroischer Krieg, endete nicht mit einem Sieg, gerade weil es am Ende zu einer Spaltung kam und so stand an seinem Ende ein Vertrag mit Spanien.

Danach kam es zu einem weiteren Feldzug für die Unabhängigkeit und zu einem Krieg, den man den Kleinen Krieg nannte, der auch wegen der Spaltung nicht zu einem großen Krieg wurde.

Ein Kampf um die Unabhängigkeit wie der von 1895, in dem bereits das Konzept des politischen Denkens von José Martí vorhanden war und mit der Kubanischen Revolutionären Partei als Angelpunkt, als Führung in diesem Krieg, endete, gerade wegen fehlender Einheit, mit einer US-Intervention und einer die Souveränität einschränkenden Republik. Inmitten dieser Republik bildete sich eine progressive Bewegung mit tiefen Überzeugungen, die die Besten der Intellektuellen und der kubanischen Jugend der 30er Jahre hinter sich scharte und zu dem wurde, was man als die 33er Revolution bezeichnete. Ein volkstümliches Sprichwort aus dieser Zeit heißt: Die 33er Revolution ging den Bach hinunter. Ja, sie ging den Bach hinunter, weil es ihr an Einheit mangelte.

Die Revolution siegt mit dem Zusammengehen verschiedener Kräfte, Fidel vereint diese Kräfte, er führt sie in den ersten Jahren der Revolution in einem langen Prozess zur Einheit innerhalb der Kommunistischen Partei Kubas und die Kommunistische Partei Kubas ist also keine Partei für Wahlen, es ist eine Partei der Revolution, es ist eine Partei des Volkes, es ist eine Partei, um die Einheit zu erreichen.

Ich bin überzeugt, dass der Feind der Kubanischen Revolution weiß, dass das, worauf er am meisten setzen muss, um die Revolution zu stürzen, ist, unsere Einheit zu spalten, und darauf richten sich seine wichtigsten Subversionspläne. Und wohin genau sind sie gerichtet, auf welchen Sektor der Bevölkerung besonders? Auf die Jugend. Warum? Weil wir eine Generation haben, bei der es eine Zeitspanne von über 60 Jahren zum historischen Augenblick gibt, in dem die Revolution siegte. Deswegen ist es eine Generation, die die Errungenschaften der Revolution als Rechte wahrnimmt.

Patricia Villegas: Sie werden als natürlich angesehen.

Miguel M. Díaz-Canel: Sie sieht sie als ganz natürlich an, sie hat die ersten Jahre der Revolution nicht miterlebt. Also meine Generation ist eine Generation, die die ersten Jahre miterlebt hat, die sah, wie schwer diese ersten Jahre waren, die sah, wie das Land mit der Politik der Revolution vorankam, wie wir, sagen wir einmal, in den 80er Jahren eine sehr stabile Etappe hatten. Danach, nach dem Niedergang des Sozialismus, fielen wir in die Sonderperiode. Aber die aktuelle Generation der Jugend, unser Kinder, unsere Enkel wurden in der Sonderperiode geboren und haben die Sonderperiode erlebt. Wir müssen erreichen, dass diese Trennung ...

Patricia Villegas: Und diese Generation, Herr Präsident, ist sie nicht auf größere Vielfalt aus, auf andere politische Parteien, auf andere Kommunikationsmittel, andere Angebote bei den Wahlen, darauf, global zu kommunizieren und sich global zu vernetzen?

Miguel M. Díaz-Canel: Diese Generation hat viele Aspirationen. Sie hat vor allen Dingen viele Aspirationen, die auf das Land zentriert sind, dass es sich schneller entwickeln soll, denn es ist eine Generation, die von der Revolution ausgebildet wurde, die die Vorteile einer allgemeinen Bildung und einer Hochschulbildung genossen

hat, die die Möglichkeit hatte, Kultur aufzunehmen, d.h. es ist, sage ich dir, eine gebildete und ausgebildete Generation, und deswegen hat sie Aspirationen. Es ist eine aktive Generation, eine Generation, die sich beteiligt.

Ich glaube, dass die Hauptbestrebung dieser Generation nicht die ist, gegen die Partei oder die Revolution zu sein und ein wichtiger Teil, die Mehrheit dieser Generation, identifiziert sich mit der Revolution und der Partei, aber das ist nicht ihr Thema. Ihr Thema ist, dass es vorangeht, dass sich der Prozess des Vorangehens beschleunigt. Ihr Thema ist, Aufgaben zu übernehmen, dass man sie berücksichtigt, wenn es um Beteiligung geht, darum geht, mehr beizutragen. Sie hat auch viele Aspirationen, was die technologische Entwicklung betrifft, was die Entwicklung der Computerisierung betrifft. Es ist eine Generation, die sehr auf die soziale Kommunikation ausgerichtet ist und auf die Art und Weise in der wir ...

Patricia Villegas: Will sie nicht mehr? Ich meine es in dieser Hinsicht, Herr Präsident.

Miguel M. Díaz-Canel: Es ist eine Generation, die auch Elemente der Vielfalt aufweist, aber es ist eine Generation, die sich bewusst ist, dass sie alle Vorteile verlieren wird, die ihr die Revolution gegeben hat, wenn wir die Einheit verlieren. Deswegen ist es eine Generation mit Standhaftigkeit, die keine Spaltungen möchte, die nicht unterstützen wird, dass man mit der Revolution bricht, und es ist eine Generation, die nicht annexionistisch ist, es ist eine Generation, die die Unabhängigkeit verteidigt, die die Souveränität verteidigt und konsolidieren möchte, und ich glaube, dass es eine Generation ist, die der Revolution Kontinuität geben wird.

Patricia Villegas: Unter den vielen Themen, die die neue kubanische Verfassung bringen wird, gibt es zwei, die ebenfalls Widersprüche und Kontroversen hervorrufen, über die von außen her viel gesprochen wird, es viele Schlagzeilen gibt und eines davon hat mit der Begrenzung des Eigentums und der Begrenzung des Reichtums zu tun. Wie sieht Ihre Einstellung dazu aus?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich möchte die Debatte, die gerade auf Bevölkerungsebene läuft, nicht durch eine persönliche Meinung beeinflussen; ich gehöre außerdem dem vom Armeegeneral geleiteten Ausschuss an, dem von der Nationalversammlung die Verantwortung für die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs übertragen wurde; deswegen bin ich mit allem, was im Entwurf steht, einverstanden, genauso bin ich offen für alles, was man an diesem Verfassungsentwurf ausgehend von den Beiträgen des Volkes noch verbessern kann. Jetzt z.B. – und das steht in engem Zusammenhang mit dem, über das wir vorher gesprochen haben – gibt es in dieser Jugend und auch in der übrigen Bevölkerung einen sehr wichtigen Anspruch, die Konzepte der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichheit zu verteidigen, die die Revolution errichtet hat. Und deswegen sind die Leute sehr beunruhigt – und ich denke, das ist eine legitime Haltung –, dass es zu einer Konzentration des Eigentums, dass es zu einer Konzentration des Reichtums kommen könnte.

Patricia Villegas: Gibt es die in Kuba? Ist es durch die Umsetzung des Wirtschaftsmodells dazu gekommen?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, hier ist kein günstiger Raum für die Konzentration von Eigentum und Reichtum, wegen der von uns festgelegten Normen und wegen der Art und Weise, wie wir funktionieren. Was jetzt geschieht, ist, dass inmitten der wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, in der der Lohn etwas von seiner Rolle verloren hat, in der es Lohn-Preis-Verhältnisse gibt, die sehr schwierig sind – und das führt uns unter anderem immer wieder auf das Thema Blockade zurück –, und in der es Personen gibt, die bestimmte Einnahmen haben, die nicht wirklich mit Arbeit in Verbindung stehen, welche für uns einen erhebenden Aspekt und den wichtigsten Weg darstellt, durch den sich die Individuen entsprechend ihrem Beitrag auszeichnen und bei dem das, was sie erhalten, in Beziehung zu diesem Beitrag stehen soll, sodass diese Menschen also, mit all dieser Berufung, mit all diesem legitimen Bestreben verteidigen, dass es keine Konzentration von Eigentum, keine Konzentration von Reichtum geben soll.

Was ist geschehen? In einem Artikel wird explizit gesagt, dass die Konzentration von Eigentum nicht gestattet wird, und als dieser Artikel

verfasst wurde, gingen wir immer davon aus, dass, wenn man die Konzentration des Eigentums nicht zulasse, sich auch der Reichtum nicht konzentriere. Wir hatten also die Mechanismen dafür, dass in dem Gesetz, das später in dieser Hinsicht die Verfassung unterstützen würde, die Kontrolle über Eigentum und Reichtum übernommen würde.

In der Debatte sagen die Leute nicht, dass wir den Artikel entfernen sollen, die Leute sagen, dass wir betonen müssten, dass es keine Konzentration von Eigentum geben soll, und explizit hinzugefügt werden soll, dass es auch keine Konzentration von Reichtum geben soll.

Ich sage immer, dass die Menschen in der Debatte zur Verfassung nicht nur Elemente zum Text beitragen, sondern dass die Menschen uns Elemente geben, die man auch im Anschluss daran berücksichtigen muss, wenn es darum geht, wie die Verfassung in Gesetzen umgesetzt werden soll. Es muss eine umfangreiche Gesetzesarbeit stattfinden – auf die wir uns bereits vorbereiten –, um die Gesetze zu formulieren und zur Verabschiedung vorzulegen, die die Verfassung unterstützen müssen, damit kein rechtliches Vakuum verbleibt.

Hier sind wir also mitten in der Debatte und hören zu, was die Leute vorschlagen über das, was in einem Verfassungstext stehen muss, der ein Gesetz, sagen wir, von Mindestansprüchen darstellt, d.h. er verkörpert die höchsten Bestrebungen, aber in einem minimalen Ausdruck, damit die anderen Dinge in den Gesetzen und in den die Gesetze unterstützenden Vorschriften erweitert werden.

Ich glaube, dass letztendlich, in der Richtung, in die die Diskussion läuft ... Natürlich fehlt der Diskussion, die seit ungefähr einem Monat läuft, noch der Beitrag wichtiger Sektoren, wie der der Studenten, der der Jugend, der des akademischen Sektors, der des wissenschaftlichen Sektors, denn jetzt hat das Schuljahr angefangen. Aber ich glaube, dass dies zweifellos ein Artikel ist, bei dem wir uns aufhalten und Formulierungen finden werden müssen.

Aber sieh, es handelt sich hier nicht um einen Artikel, zu dem es inhaltliche Widersprüche gäbe, d.h. wir alle sind damit einverstanden oder die Mehrheit ist damit einverstanden, dass wir die Konzentration von Eigentum und Reichtum begrenzen müssen; die Diskussion geht darum, was in der Verfassung und was in den Gesetzen und Vorschriften enthalten sein muss. Und hier wie bei allem glaube ich, dass die Debatte und die Klugheit des Volkes das letzte Wort haben werden.

Patricia Villegas: Herr Präsident, haben Sie sich die Reaktion der konservativen Sektoren in Kuba zu dem Thema, dass in der neuen Verfassung die Anerkennung mit Bürgerrechten der Ehe oder Vereinigung zweier Personen des gleichen Geschlechts erscheint, so vorgestellt?

Miguel M. Díaz-Canel: Dies ist eine Debatte, die sich in den letzten Jahren sehr etabliert hat, denn das Land hat sich verändert, auch die Vorstellungen verändern sich, das Land entwickelt sich weiter. Wir leben nicht in einer Glaskugel und außerdem erleben wir die Wirklichkeit. Das der Revolution eigene emanzipatorische Bestreben öffnet auch Perspektiven des Denkens. Es gibt eine humanistische Berufung in dem Sinn, wie die Revolution handelt, und deswegen würde ich sagen, dass es in diesen letzten Jahren eine enorme Evolution im Denken gegeben hat, es sind viele Tabus zerbrochen, die zuvor fest etablierte Dinge waren, und ich glaube, es gibt eine Jugend, die das kräftig anstößt, denn sie hat eine andere Sichtweise auf bestimmte soziale Probleme.

Eben habe ich dir gesagt, dass ich mit diesen Urteilen, die ich abgebe, die Debatte nicht beeinflussen möchte, denn außerdem ...

Patricia Villegas: Nein, aber die Kirchen haben öffentlich ihre Meinung zu diesem Artikel geäußert. Also sollte man auch wissen, was der Präsident darüber denkt.

Miguel M. Díaz-Canel: Man hat seine Vorstellungen, man hat seine Überzeugungen, aber man ist auch offen für das, was das Gespräch mit der Bevölkerung ergibt, denn wir haben diese Debatte nicht als eine Übung gemacht, um künstlerisch ein fiktives oder theatrales Szenario zu konstruieren; wir haben sie aus Überzeugung gemacht, denn die Geschichte der Revolution hat gezeigt, dass immer, wenn wir Dinge in die öffentliche Debatte gebracht haben, die revolutionäre Aktion dadurch gestärkt wurde.



Patricia Villegas: Sind Sie damit einverstanden?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich bin einverstanden. Was ich bei der Anerkennung des Konzepts der Ehe zwischen Personen ohne Einschränkungen vor allem glaube, ist, dass dies die Antwort auf ein Problem ist, jede Art von Diskriminierung in der Gesellschaft zu beseitigen, keiner Art von Diskriminierung in der Gesellschaft Raum zu geben.

Was geschieht? Die Leute sehen dadurch andere Elemente, die mit der Anerkennung dieser Art von Vereinigung zu tun haben: Einige gehen das Thema vom semantischen Blickwinkel an, vom etymologischen Blickwinkel, dass das Wort „matrimonio“ (Ehe) von dem Wort matriz abgeleitet ist und dass matriz von Mutter kommt; das ist eine Betrachtungsweise, die für einige Leute sehr viel bedeutet und die man respektiert. Andere sind über damit zusammenhängende Dinge wie Adoption von Kindern, Verantwortung dieser Ehe, familiäre Verantwortung besorgt.

Patricia Villegas: Und Bürgerrechte.

Miguel M. Díaz-Canel: Und Bürgerrechte.

Es gibt andere Positionen, die vom Einfluss kultureller Elemente auf die Menschen, von der durch die Tradition geformte Denkweise von Menschen geprägt sind. Ich würde ganz ehrlich sagen, dass daraus die unterschiedlichen Positionen entstehen.

Ich trete letztlich dafür ein, dass es keinerlei Form von Diskriminierung geben soll und dies ist eine Form der Diskriminierung, die es manchmal gegeben hat, nicht in Gesetzen festgelegt, ganz bestimmt nicht, aber es hat sie im Verhalten unserer Gesellschaft gegeben. Wir sind jedoch in der letzten Zeit stark vorangekommen und es gibt Personen und Institutionen, die dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben, damit sich Horizonte öffnen im Hinblick auf das Verständnis dieser sozialen Probleme, die weltweit Probleme des humanistischen Prinzips sind.

Aber ich sage dir, dass das letzte Wort dazu sich aus der Debatte der Bevölkerung und aus der Klugheit ergibt, mit der unser Volk bei diesem Aspekt den angemessenen Konsens finden wird.

Patricia Villegas: Die Konterrevolution ruft dazu auf, gegen den Verfassungsentwurf zu stimmen.

Miguel M. Díaz-Canel: Ja! Und wozu ich aufrufe, ist, dass die Meinung bei einer verantwortlichen Ausübung einer staatsbürgerlichen Handlung wie dieser, bei der man mit einem Artikel mehr übereinstimmt als mit einem anderen, uns nicht von der Verantwortung entbindet, die wir gegenüber der Verfassung als Ganzes annehmen müssen. Wenn man nämlich zum Dialog aufruft, so findet dieser zwischen mehreren statt, zwischen wenigstens zwei Seiten und deshalb muss man sagen: Ich habe meine Vorstellungen, aber es gibt andere, die andere Ideen einbringen können. Letztendlich ordne ich mich aber dem unter, was das Land braucht, dem, was das

Land aufbauen möchte, und sage nicht, weil ich mich unbedingt durchsetzen will, aus Sturheit oder Überheblichkeit: Nein, wenn das nicht eingefügt wird, etwas, was noch nicht einmal besonders wichtig ist, dann stimme ich nicht für die Verfassung oder ich werde die Verabschiedung der Verfassung wegen einer einzigen Position verurteilen. Ich glaube, wir alle müssen Irrtümer überprüfen, wie es uns als verantwortlichen Staatsbürgern zukommt, insbesondere da wir alle die Möglichkeit gehabt haben, unsere Meinung dazu zu sagen.

Patricia Villegas: Sind Sie zuversichtlich, dass die Abstimmung über die neue Verfassung im Februar positiv ausfällt?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, dass die Mehrheit dafür stimmen wird, denn die Debatte ist keine aufgezwungene Überzeugung, die Debatte wird dahin führen.

Du hast von der Konterrevolution gesprochen. Denke daran, dass die kubanische Konterrevolution, diese Minderheit, die gegen die Revolution in Kuba ist, nicht einem nationalen Projekt entspringt, nicht einem Wunsch entspringt, das Land aus einer Position der Souveränität und Unabhängigkeit heraus zu verbessern. Diese Konterrevolution ist vor allem anderen annexionistisch, sie schwärmt für den Annexionismus, diese Konterrevolution wird von der Regierung der Vereinigten Staaten in mehr oder weniger verdeckter Form bezahlt und finanziert und sie hat sehr wenig ... auch wenn sie sich beteiligen kann, sie kann bei den Versammlungen dabei sein, schließlich sind es Nachbarn wie alle anderen, auch wenn viele es vorziehen, außerhalb Kubas zu leben; sie ist nicht anerkannt und wird von der Gesellschaft nicht unterstützt. Wenn sie eine verletzende Aussage gegen das Volk, gegen die Revolution machen, machen die Leute normalerweise ihren gegensätzlichen Standpunkt deutlich. Ich habe an sechs Debattentreffen teilgenommen. Ein Teil der ausländischen Presse, die immer sehr bissig ist, was die kubanische Realität angeht, begann, als wir uns mit dem Verfassungsentwurf beschäftigten, die Matrix auszugeben, dass in Kuba, vor allem bei der Jugend, eine Apathie herrsche, was die Verfassung angehe, und die Leute sich nicht dafür interessierten.

Und was kann man jetzt beobachten? Wir haben bereits drei in Tabloid Form gedruckte Auflagen herausgegeben und sie sind wieder ausverkauft. Selbst wenn man an die am weitesten entfernten llegenden Orte geht, etwa zu Gemeinden im Gebirge, verlangen die Leute mehr davon.

Wenn du an diesen Versammlungen teilnimmst, hat jeder die gedruckte Ausgabe des Verfassungsentwurfs dabei, die Leute haben Bemerkungen darauf gekritzelt, Teile unterstrichen, oder den Text mit Zeichen und Symbolen versehen, die man so macht.

Patricia Villegas: Sie haben den Text studiert.

Miguel M. Díaz-Canel: Der Text wurde studiert und markiert. Es gibt andere, die mit mehr technischer Denkweise, wie ich das auch tun musste, Blockdiagramme machen, um die Interrelationen für die einzelnen Dinge zu finden. Die Menschen nehmen gern an dieser Debatte teil und sind mit großem Ernst und Engagement bei der Sache.

Ich würde sagen: Wenn jemand daran nicht interessiert ist, wenn es ihm gleichgültig ist, warum möchte er dann den gedruckten Entwurf, warum möchte die Mehrheit der Leute ...?

Patricia Villegas: Sie sind der Auffassung, dass heute in der kubanischen Gesellschaft effektiv eine strukturelle Debatte stattfindet.

Miguel M. Díaz-Canel: Ja!

Ein weiteres Element der Debatte: Viele Menschen, insbesondere die älteren, betrachten die Verfassung nicht nur für die Gegenwart des Landes sondern auch für seine Zukunft als wichtig und sind sehr darauf bedacht, dass die Verfassung auch der kubanischen Jugend den Raum gibt, den sie braucht, und das zeigt, dass eine Verpflichtung zur Kontinuität besteht. Auf der anderen Seite kann man sehen, wie sich die Jugend beteiligt. Die Jugendlichen tragen äußerst interessante Ideen bei, aber außerdem konnte ich in vielen Versammlungen, die ich gesehen habe, feststellen, dass einer der ersten Beiträge von einem Jugendlichen stammte, der, über den Text der Verfassung hinausgehend, seine Unterstützung für die Verfassung aus der Position der Jugend zum Ausdruck brachte.

Patricia Villegas: Wir wollen sehen, Herr Präsident, was im Februar geschieht, das ist dann, wenn die Leute abstimmen, nicht wahr?

Miguel M. Díaz-Canel: Ja, natürlich.

Patricia, mir fällt gerade eine Anekdote ein, denn ich tat es mit einem ehrlichen Auftreten, ohne der Versammlung etwas auferlegen zu wollen und danach gab es dazu ein bestimmtes Echo, ein positives Echo bei den Leuten. Ich bin in einem Arbeitszentrum und da schlägt ein Mitarbeiter einen Zusatz vor, er wollte einen Artikel erweitert sehen und ich sagte ihm, damit keine Verwirrung entstehen sollte, denn ich respektiere seinen Standpunkt: „Sieh mal, das einzige, um was ich dich bitte, ist, dass du beachtest, dass es weiter vorn einen anderen Artikel gibt, der das einschließt, was du vorschlägst, was völlig legitim ist; nur, damit du berücksichtigen kannst, ob man es in dem anderen Artikel lässt oder ob man es in beiden beibehält, wie du meinst. Nur um dich darauf hinzuweisen, dass es auf die eine oder andere Weise bereits enthalten ist.“ Er überprüfte den Text und sagte dann auf einmal: „Ich bin einverstanden mit dem, was der Präsident gesagt hat, und ich ziehe meinen Vorschlag zurück.“ Ich sagte ihm: „Zieh ihn nicht zurück.“ Das sagte ich ihm auch aus Überzeugung, denn so

bauen wir diese Debatte auf. „Bringe ihn vor, denn wenn du einen Zweifel hast oder auf eine Sache hinweisen möchtest, führt das dazu, dass wir auch darüber nachdenken, ob die Dinge in mehr als einem Artikel präsent sein sollen, ob sie besser hier oder dort stehen.“

Dann, an einem der nächsten Tage – ich lese morgens vor allem immer Cubadebate, ich lese auch andere Medien, aber ich überprüfe immer Cubadebate, vor allem die Kommentare – hatte eine Arbeiterin des Zentrums geschrieben: „Welch großartig praktizierte Demokratie unser Land erlebt, dass, wenn ein Arbeiter etwas vorschlägt, der Präsident darauf eine Antwort gibt, der Arbeiter daraufhin seinen Vorschlag zurückziehen möchte und der Präsident ihm sagt, er solle das nicht tun.“ Sieh mal, ich mache daraus nichts Persönliches, denn nicht ich bin derjenige, der so handelt, so handeln alle unsere Leute. So wird ein Umfeld für eine ehrliche, offene, respektvolle Diskussion geschaffen und ich glaube, dass dies uns auch zu diesem Konsens führt, bei dem manchmal für jemanden, der die kubanische Realität nicht kennt, nicht zu erklären ist, warum die Revolution, unter all diesen Schwierigkeiten, die Unterstützung der Mehrheit und diesen politischen Konsens beibehält, der für die Zukunft weiterhin eine Herausforderung ist.

Patricia Villegas: Herr Präsident, ich habe mich in einem großen Teil unseres Gesprächs gerade bei der internen Realität, bei den Debatten im Innern aufgehalten, denn sowohl innerhalb als auch außerhalb Kubas bestehen große Erwartungen, Intrigen und Beunruhigungen, was die Zukunft der Revolution angeht. Aber die Zukunft der Revolution hat natürlich viel mit ihren internationalen Beziehungen zu tun.

Es bestehen ebenfalls große Erwartungen an Ihre Teilnahme an der Vollversammlung der Vereinten Nationen in diesem Monat, wenn sie das Gebiet der USA betreten. Die so strukturellen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten hatten sich verändert, es kam mit der Administration von Obama zu einem Wandel. Mit der Ankunft von Trump ändert sich die Lage, die Beziehung. Wie groß ist diese Veränderung? Welches ist der aktuelle Stand dieser Beziehungen?

Miguel M. Díaz-Canel: Fidel selbst sagte, dass die Antworten für unsere Herausforderung, für unsere Realität, in der Geschichte zu finden seien. Sieh mal, ich glaube, dass von Beginn der Revolution an sich eine Möglichkeit des Gesprächs mit der US-Regierung eröffnete und wir haben das immer ganz deutlich gemacht, Fidel hat das deutlich gemacht und das Volk hat es übernommen, dass wir mit dem Volk der Vereinigten Staaten kein Problem haben. Das Volk der USA respektieren, bewundern und mögen wir, genauso wie wir die Völker Lateinamerikas mögen. Unser Konflikt, unsere Differenzen haben wir nicht mit dem Volk der USA sondern mit den US-Regierungen, wegen der Art und Weise, wie sie sich der Revolution gegenüber verhalten haben.

Im Jahr 1959, im ersten Jahr der Revolution, als Fidel nach dem Sieg der Revolution seinen ersten Besuch in den Vereinigten Staaten macht, geht er mit dem festen Willen dorthin, mit der Regierung der USA ins Gespräch zu kommen. Die US-Regierung verweigerte diesen Dialog, und sie verweigerte ihn auf die verheerendsten Weisen, sie verweigerte ihn sogar, indem sie einer Invasion Kubas zustimmte, die dann scheiterte und später als die erste große Niederlage des Imperialismus in Lateinamerika definiert wurde.

Tatsache ist, dass ein Dialog zwischen zwei oder mehreren entwickelt werden muss und deshalb auch seine Regeln hat. Man kann keinen Dialog unter Ungleichem anstreben; man kann keinen Dialog anstreben, wenn es bei einer Seite Arroganz, Hegemoniestreben und Druck gibt; man kann keinen Dialog anstreben, bei dem eine Seite der anderen Bedingungen aufzwingt, bei dem du auf deine Souveränität verzichten musst, man kann keinen Dialog führen, wenn eine Seite von dir fordert, sich ihren Weisungen unterzuordnen.

Patricia Villegas: Und das sind die Forderungen von Trump?

Miguel M. Díaz-Canel: Das sind die Forderungen, die die ganzen Jahre über in der Praxis der US-Politik vorhanden waren.

Wenn hat sich ein andersartiger Raum geöffnet? Nun, in der letzten Etappe der Regierung des Präsidenten Obama und durch einen langen Prozess von Gesprächen und Dialogen, ich



ESTUDIOS REVOLUCION

würde sagen respektvollen Dialogen, eröffnete sich der Raum für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Ein Prozess, bei dem wir immer davon ausgingen, dass er langwierig sein würde, denn die Art und Weise, wie man sich verhielt, hat großes Misstrauen geschaffen.

Außerdem fand der Prozess zum Beginn der Wiederaufnahme der Beziehungen unter der Blockade statt. Obwohl die Beziehungen wiederhergestellt wurden, besteht die Blockade weiter.

Patricia Villegas: Aber es gab seitens Kubas Erwartungen auf höhere US-Investitionen auf der Insel.

Miguel M. Díaz-Canel: Dazu möchte ich dir etwas sagen. In diesem Moment nahmen wir die Beziehungen wieder auf und setzten einen Prozess in Gang, von dem wir wussten, dass dies die längste Etappe dieser Wiederaufnahme der Beziehungen, der Normalisierung würde, und die Normalisierungen mussten unter anderem vor allem zur Beseitigung der Blockade führen.

In dieser ersten Etappe der Wiederaufnahme der Beziehungen kamen wir voran und es gelang uns, uns auszutauschen, miteinander zu sprechen, systematische Kontakte zu einer Reihe von Themen mit der US-Regierung aufrechtzuerhalten. In beiden Ländern wurden Botschaften eröffnet und wir begannen uns innerhalb von etwas zu bewegen, das Raúl meiner Meinung nach meisterlich so formulierte, dass wir unabhängig von unseren ideologischen Differenzen eine zivilisierte Beziehung haben könnten. Die ideologischen Differenzen können, wie wir wissen, nicht ausgeräumt werden. Wir haben völlig entgegengesetzte ideologische Positionen zu denen, die die US-Regierung vertritt. Aber wir konnten über bestimmte Punkte sprechen und zusammenarbeiten.

Auf der anderen Seite gibt es einen bedeutenden unternehmerischen Sektor in den USA, der Beziehungen mit Kuba möchte, der in Kuba investieren möchte. Es gibt einen wichtigen landwirtschaftlichen Sektor in den USA, der diese Art von Beziehungen zu Kuba möchte. Es gibt einen wichtigen akademischen, wissenschaftlichen Sektor, der Beziehungen zu Kuba möchte, und tatsächlich existiert ein gewisser Austausch.

Patricia Villegas: Aber welches Gewicht haben diese Sektoren, um die Position der Regierung Trump in Bezug zu Kuba ins Wanken zu bringen?

Miguel M. Díaz-Canel: Der, der die Vollmacht hat, die Praktik der Blockade außer Kraft zu setzen, ist der Kongress der USA, es ist nicht einmal der Präsident.

Es trifft zu, dass Obama zu diesem Thema eine viel offenere, versöhnlichere Position eingenommen hatte als der aktuelle US-Präsident.

Was hat der aktuelle US-Präsident getan, als wir in diesen Beziehungen vorankamen? Nun, vergangenen November verfügte er Maßnahmen, die in den Beziehungen mit Kuba völlig inakzeptabel sind. Diese Maßnahmen hat er unserer Meinung nach verfügt, um gut dazustehen, um bestimmte Verpflichtungen zu erfüllen, die er einer antikubanischen Mafia gegenüber eingegangen ist, die hauptsächlich in Miami lebt und deren historische Position zu unserer Revolution wir alle kennen. Aber die von Trump im November vorgestellten Maßnahmen stehen dem entgegen, was die Mehrheit der US-Bevölkerung denkt.

Bei den letzten in den USA durchgeführten Umfragen zu seiner Position Kuba und der Blockade gegenüber sprach sich die Mehrheit gegen die Blockade aus. Sie richtet sich gegen die Möglichkeiten der US-Bürger, der US-Bürger ein, schränkt sie in ihren Reisen nach Kuba ein. Die US-Bürger werden, wenn sie nach Kuba reisen wollen, gewarnt, sie sollten nicht in dieses Land reisen, und es werden Geschichten über unser Land erzählt, die gegen eine Reise sprechen. US-Unternehmer und US-Bürger werden daran gehindert, zu investieren oder Handels- und Finanzbeziehungen mit einer Liste von kubanischen Unternehmen aufzunehmen, die veröffentlicht wurde. US-Bürger werden behindert, in unser Land zu reisen, und das Zusammentreffen kubanischer Familien wird erschwert.

Patricia Villegas: Und es sieht so aus, dass sich das nicht ändern wird, Herr Präsident? Sagen wir, in der Ära Trump wird es zu keiner neuen Annäherung oder Normalisierung kommen?

Miguel M. Díaz-Canel: Nun, die Kubaner sind auch eingeschränkt, in die USA zu reisen. Die Präsenz des kubanischen Personals in unserer Botschaft wurde begrenzt und das US-Personal in der Botschaft wurde reduziert.

Patricia Villegas: Kuba wird beschuldigt, Schallangriffe durchgeführt zu haben. Wurden Schallangriffe gegen die US-Amerikaner durchgeführt?

Miguel M. Díaz-Canel: Wir kommen gleich dazu. Es wurden Wege zur Beantragung von Visa eingeführt, die über Drittländer laufen und alles erschweren und verwickeln. Man ist zu Drohungen und zur Druckausübung zurückgekehrt und inmitten alldem hat man ein Täuschungsszenario aufgebaut, eine ganze Geschichte von angeblichen akustischen Vorfällen, die sie sogar akustische Angriffe nennen, ein Begriff, mit dem wir nicht einverstanden sind, weil wir niemanden angegriffen haben und hier auch die Rechte keines Diplomaten verletzt werden. Ich glaube, wenn es einen Ort gibt, an dem die Rechte aus-

ländischer Bürger und insbesondere von Diplomaten respektiert und geschützt werden, so ist das Kuba.

Sie haben alles eskalieren lassen, sie fingen mit einer Geschichte an und die kubanischen Wissenschaftler und die Wissenschaftler aus den USA deckten die Geschichte auf.

Patricia Villegas: Hat Ihre Regierung die Russen um Hilfe gebeten, um die Diplomaten der USA anzugreifen?

Miguel M. Díaz-Canel: Das ist unmöglich. Wir haben viel zu viel Ethik, um jemanden zu bitten, einen anderen anzugreifen. Wir gehen auch nicht von dem Begriff Angriff aus. Wir verteidigen uns vor allem gegen Angriffe. Uns hat man sehr häufig angegriffen.

Wir waren Opfer von terroristischen Angriffen. Wir sind Opfer der Blockade, die einen Angriff darstellt. Wir sind Opfer von verleumderischen Kampagnen über Kuba gewesen. Unsere wichtigsten Führer hat man versucht durch terroristische Anschläge zu beseitigen. Kuba greift nicht an, Kuba verteidigt sich, Kuba teilt mit anderen, Kuba ist solidarisch, Kuba fühlt sich berufen, dazu beizutragen, dass eine bessere Welt möglich ist. Zweifellos muss man zugeben: Die Beziehungen befinden sich heute im Rückschritt.

Wir halten noch Gesprächskanäle aufrecht und was ist unsere Position? Ich glaube, dass das sehr interessant ist. Wir haben uns zu keinem Zeitpunkt der Möglichkeit des Dialogs verschlossen. Wir möchten einen Dialog, aber es muss ein Dialog unter Gleichen sein, es muss ein Dialog sein, der uns respektiert, es muss ein Dialog sein, bei dem man keine Bedingungen in Bezug auf unsere Souveränität, unsere Unabhängigkeit oder unsere Beziehungen mit befreundeten Ländern auf der Welt stellt, denn wir akzeptieren keine Auflagen und wir sind nicht bereit, Konzessionen bei unseren Prinzipien zu machen und ganz bestimmt nicht in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Patricia Villegas: Nach Ihrer Sicht wird es also keine direkte Kommunikation mit Donald Trump geben.

Miguel M. Díaz-Canel: Wenn diese abwegige Haltung der US-Regierung gegenüber Kuba beibehalten wird, gibt es keinen Dialog. Bei einem Dialog muss man nämlich beide Seiten sehen. Man müsste sie fragen, ob sie den Dialog mit uns aufrechterhalten möchten. Man müsste den Präsidenten der Vereinigten Staaten fragen, ob er mit Kuba sprechen möchte und wenn er mit Kuba sprechen möchte, so kann dies nicht aus einer Haltung der Anmaßung heraus geschehen.

Patricia Villegas: Herr Präsident, ich werde mir für dieses Gespräch noch einige Minuten mehr

Zeit nehmen, denn es gibt strukturelle Themen, die dies, wie mir scheint, verdienen.

Die Beziehung Kubas zu Venezuela: Kuba gehörte zu den Ländern, die sich nach dem Mordversuch an Präsident Maduro am schnellsten äußerten. Was ist Ihre Sicht der Dinge zu dem, was nach dem Anschlag auf die Person des Regierungschefs auf Venezuela zukommt?

Miguel M. Díaz-Canel: Nun, du weißt sehr wohl, dass wir Venezuela lieben, und ich glaube, wenn jemand eine Analyse über die Lage in Venezuela macht und über die Perspektiven dieser Lage, ist das erste Gefühl, das sich bei uns einstellt, außer der Liebe für Venezuela und sein Volk, für seine Geschichte und seine Führer, auch die Anerkennung und Bewunderung für das, was Venezuela geleistet hat.

Venezuela hat zuerst einmal mit Chávez die Tradition der Abhängigkeit eines Landes geändert, das dazu berufen ist, eine äußerst wichtige Rolle in Lateinamerika zu übernehmen, weil es ein Land mit natürlichen Reichtümern und unermesslichen Ressourcen ist und wegen seiner Geschichte. Chávez hat den Horizont für ein neues Venezuela eröffnet.

Chávez und seine Freundschaft mit Fidel, mit seiner Beziehung zu Fidel, die auch für die Kubaner eine einzigartige Beziehung war, und nicht ohne Grund hat Fidel Chávez den besten Freund Kubas genannt und das Volk hat diese Ansicht geteilt. Und sie schufen mehr nur als ein Projekt für Venezuela oder ein Projekt für Kuba, sondern ein Projekt der lateinamerikanischen Integration, das in verschiedenen Bereichen zum Ausdruck kam: bei der Celac, bei Unasur und bei ALBA.

Patricia Villegas: Sind diese Mechanismen nicht tödlich verletzt, Herr Präsident?

Miguel M. Díaz-Canel: Patricia, du fragst mich schneller, als ich dir antworten kann. Aber nein, das ist ein Scherz, das ist erfrischend, du bist sehr professionell in deiner Arbeit.

Patricia Villegas: Vielen Dank, Herr Präsident.

Miguel M. Díaz-Canel: Vergleichen wir also das Venezuela vor Chávez mit dem Venezuela mit Chávez. Ich glaube, dass das bolivariische, das venezolanische Volk eine Menge von Vorteilen, Errungenschaften erhalten hat und das es Teilhaber dieser Errungenschaften ist und dass diese dann weitergeleitet und mit den übrigen Ländern Lateinamerikas in diesen Integrationsmechanismen geteilt wurden, welche ebenfalls Herausforderungen gegenüber stehen, wie denen, zu denen du mich befragt hast.

Die Vereinigten Staaten haben immer mit allen Mitteln versucht, die Regierung von Chávez zu stürzen und haben dazu auf die perversesten Praktiken zurückgegriffen.

Erinnere dich, dass man Chávez mit einem Staatsstreich zu stürzen versuchte, dass man Chávez zu ermorden versuchte. Chávez überlebte diesen Staatsstreich und war weiter ein unheimlich wichtiger Führer für Venezuela, für Lateinamerika und die Welt.

Chávez war ein Führer, der in verschiedenen Wahlprozessen, die von der internationalen Gemeinschaft als sehr ehrliche und sehr saubere Prozesse anerkannt wurden, rechtmäßig zum Präsidenten gewählt wurde.

Dann stirbt Chávez und Maduro kommt, ein Arbeiterpräsident. Was dachte der Imperialismus? Dass der Arbeiterpräsident dem Druck nicht standhalten werde, dass der Arbeiterpräsident nicht in der Lage sei, dem Erbe von Chávez Kontinuität zu verleihen, aber sie waren auf dem Holzweg. Ich glaube, dass Maduro ebenfalls ein konsequenter Führer ist, der sich dem Erbe von Chávez voll verpflichtet fühlt. Wenn man es im Licht dieser Tage analysiert, stellt man fest, dass Chávez sich nicht geirrt hatte, als er Maduro vorzuschlug. Und Maduro, die zivil-militärische Union, die venezolanische Regierung, die Bolivariische Revolution, das Volk wurden mit der, ich würde sagen, ausgefeiltesten Form des nicht-konventionellen Krieges angegriffen, bei dem verleumdende, befremdliche Medienkampagnen benutzt wurden, bei dem man für die Gewalt bezahlte und versuchte, die Gewalt in die venezolanische Gesellschaft zu bringen, um sie zu destabilisieren, man griff auch auf Blockaden zurück. Auch wenn es nicht so offensichtlich ist, es gibt eine Blockade gegen Venezuela, es gibt eine Wirtschaftsblockade gegen Venezuela, es gibt eine Finanzblockade gegen Venezuela.

Es gibt eine Oligarchie und eine Rechte in Venezuela, die nicht weiter mit dem Volk die Vorteile aus diesen Errungenschaften teilen möchte.



Was hat Maduro gemacht, was hat die Regierung gemacht und was hat die zivil-militärische Union gemacht? Sie haben all diesen Angriffen widerstanden.

Patricia Villegas: Es wird weiter Widerstand geleistet werden, der Widerstand geht weiter.

Miguel M. Díaz-Canel: Sie werden weiter Widerstand leisten und sie werden siegen, und, ich glaube, sie widerstehen und sind dabei zu siegen und waren ständig in der Lage, Möglichkeiten zu finden, um die Hindernisse zu überwinden. Ich glaube, das hat zunächst einmal die venezolanische Oligarchie aus dem Konzept gebracht, aber auch die US-Regierung bei ihrer Haltung zu Venezuela. Und wodurch zeigt sich das? Durch den Attentatsversuch, den Versuch, Maduro zu ermorden. Wenn man dieses Geschehen analysiert, sagt man sich: Hier sind zwei Dinge präsent: Zum einen, wenn man versucht, jemanden zu ermorden, ist das ein Zeichen der Machtlosigkeit angesichts des Sieges der Bolivariischen Revolution und zum anderen beweist das Schweigen zu dem Verbrechen, dass es eine Komplizenschaft gibt.

Patricia Villegas: Was hat das Land nach dem versuchten Präsidentenmord zu erwarten?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, sie werden versuchen, weiter Druck auszuüben, sie werden den Druck verstärken, sie versuchen, es zu einem Bruch in Lateinamerika kommen zu lassen, damit andere sich dem Druck anschließen. Sie werden lateinamerikanischen Ländern Zwänge auferlegen und wir wissen, dass es diese Rundreisen durch Lateinamerika von Personen gab, die wichtige Posten in der Trump Administration innehaben, wobei sie die lateinamerikanischen und karibischen Völker dazu drängen, eine Position gegen Venezuela einzunehmen. Aber nun ist es so, dass die Völker Lateinamerikas ehrenwert sind und auch viele Regierungen, die in ihrer Mehrheit anerkennen, was Venezuela geleistet hat, und die die Rolle Venezuelas anerkennen.

Dann hat man auch versucht – und das hat mit einer anderen Frage zu tun, die du mir gestellt hast –, uns zu spalten, die Einheit in den Integrationsmechanismen aufzubrechen.

Patricia Villegas: Ecuador verlässt ALBA und Kolumbien verlässt Unasur. Deswegen hatte ich

Sie, Herr Präsident, gefragt, weil offensichtlich Venezuela der Bezugspunkt für diese Integrationsmechanismen gewesen ist, ob sie jetzt tödlich verletzt sind.

Miguel M. Díaz-Canel: Alles, was gerade geschieht, Patricia, ist meiner Meinung nach die Offenbarung einer Plattform der kapitalistischen, kolonialen, neokolonialen und neoliberalen Restauration, die die US-Regierung versucht, ganz Lateinamerika aufzuzwingen, weil sie sich nicht damit abgefunden hat, was die Völker Lateinamerikas in einem Jahrzehnt, in dem eine Reihe sozialer Prozesse und revolutionärer Prozesse aufblühen, erreicht haben.

Patricia Villegas: Haben sie sich nicht genügend gepanzert, Herr Präsident?

Miguel M. Díaz-Canel: Ich glaube, sie sind schwächer geworden. Auch revolutionäre Prozesse haben ihre Schwierigkeiten, vor allem, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Grundlage des Kapitalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen zu verändern. Die US-Amerikaner wollen nicht, dass sich Kuba an irgendeinem Ort Lateinamerikas wiederholt. Erinnere dich, dass in den ersten Jahren die kubanische Oligarchie in die USA ging und ihren schmutzigen Krieg von den USA aus führt. In Venezuela sind die Oligarchie und die Konterrevolution im eigenen Land verblieben und werden dort in jeder Hinsicht von der US-Administration ermutigt und unterstützt.

Und was geschieht nun? Was bedeutete ALBA-TCP? Ich würde sagen, dass kein Integrationsprozess irgendeiner Art auf regionaler Ebene erfolgreicher war als ALBA. Erinnern wir uns, dass mit Hilfe von ALBA es innerhalb kurzer Zeit gelang, in vier Ländern den Analphabetismus auszuräumen, woran wir Kubaner durch die Methode „Yo sí puedo“ einen bescheidenen Anteil hatten. Ich würde sagen: Das, was mit ALBA in vier Ländern gelungen ist, ist für viele Völker und Länder der Welt noch ein Wunschtraum.

Und ich denke immer: Als die Revolution siegte, erklärte sich Kuba in den ersten Jahren zum vom Analphabetismus befreiten Gebiet. Es mussten über 50 Jahre vergehen, bis sich andere Länder Lateinamerikas von den Spuren des Analphabetismus befreien konnten. Wie wurde das erreicht? Durch Integration, Kooperation, solidarische Zusammenarbeit. Diese Solidarität,

von der wir möchten, dass sie die Art und Weise verändert, in der die Welt sich heute globalisiert. Wir möchten keine hegemoniale Globalisierung, wir möchten eine solidarische Globalisierung. Diese solidarische Globalisierung hat das ermöglicht.

Patricia Villegas: Aber wenn sie so gut ist, Herr Präsident, warum verlässt dann Ecuador ALBA und Kolumbien Unasur?

Miguel M. Díaz-Canel: Dieser Ausdruck der Solidarität, den wir für die Globalisierung wünschen, hat innerhalb von ALBA-TCP ermöglicht, dass Millionen von Menschen ihr Augenlicht wiedergewonnen haben. Ich würde sagen: Welch große Ungerechtigkeit, eine Person mit grauem Star zu einem Leben ohne sehen zu können zu verurteilen, wenn man heute in wenigen Minuten eine Operation durchführen kann. So ging es vorwärts mit Gesundheitsprogrammen, Bildungsprogrammen und sozialen Programmen.

Petrocaribe ist eine energetische Plattform, um den Völkern der Karibik Nachhaltigkeit und energetische Sicherheit zu geben. Sie wurde möglich durch die höchst altruistische Haltung Venezuelas, eine der Ressourcen zu teilen, die in der Welt so viele Kriege hervorgerufen hat, weil sie niemand teilen will. Und weil sich die einen die Ressourcen von anderen aneignen, kommt es zu Kriegen. Venezuela hat sie mit der karibischen Gemeinschaft geteilt. Deshalb ist ALBA-TCP seit ihrer Gründung von zu hohem Wert, um sie zu zerstören und ich glaube, es gibt viele, die sich dafür einsetzen, dass ALBA-TCP erhalten bleibt.

Patricia Villegas: Trotz des Austritts Ecuadors? **Miguel M. Díaz-Canel:** Trotz des Austritts Ecuadors

Patricia Villegas: Das gilt auch für Unasur, Herr Präsident?

Miguel M. Díaz-Canel: Das gilt auch für Unasur. Ich glaube, die Brüche, zu denen es gekommen ist, sind Teil dieser Strategie der Einrichtung des Neokolonialismus. Diejenigen, die sich nicht auf der Höhe der Zeit befinden, werden sich dem Imperium unterwerfen und sie werden die Folgen dieser Unterwerfung zu tragen haben. Uns, die wir aus Überzeugung die lateinamerikanische und karibische Integration, die lateinamerikanische und karibische Einheit verteidigen, im Bewusstsein, dass wir die Region der Welt sein

Jetzt abonnieren!

Granma

deutsche Ausgabe

INTERNACIONAL



12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung Granma Internacional für mindestens ein Jahr. Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon

E-Mail

Ich bestelle das Normalabo (18 €/Jahr) Förderabo (33 €/Jahr)

- Ich erhalte folgende Prämie
 Ich verzichte auf die Prämie

KALENDER-PRÄMIE
Viva La Habana, 2019 (A4)
13 Bilder, aufgenommen von deutschen und kubanischen Fotografinnen und Fotografen, zeigen Havanna aus ihrem ganz persönlichen Blickwinkel.



*Ausnahmsweise kann eine Prämie nicht mehr verfügbar sein. In diesem Fall erhalten Sie einen gleichwertigen Ersatz.

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6,
10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.
Infos: www.jungewelt.de/granma

Kuba Kurz

EUSEBIOS WIRKEN FÜR HAVANNA WELTWEIT ANERKANNT

Der Stadthistoriker von Havanna Eusebio Leal Spengler wurde in New York mit dem Hadrian Award geehrt, den ihm der World Monuments Fund (WMF) für „seine heroischen Anstrengungen bei der Erhaltung und Restaurierung von Alt-Havanna“ gewährt, eine der schönsten und am besten erhaltenen Altstädte unseres Kontinents, die im Jahr 1982 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Während der Zeremonie wurde ein Video gezeigt, in dem die nachhaltige Herangehensweise bei der Restaurierung des historischen Zentrums sowie das soziale Engagement des Projekts und die Unterstützung deutlich werden, die es seit 1993 von der Regierung erhalten hat, als der historische Führer der kubanischen Revolution Fidel Castro das Gesetzesdekret 143 konzipierte und unterzeichnete, ein wertvolles Rechtsinstrument für die umfassende Sanierung dieses Territoriums, das einen hohen Wert als Kulturgut für die Welt hat.

Der Stadthistoriker bedankte sich für den bedeutenden Preis, der die Bemühungen Kubas würdigt, für die kommenden Generationen ein hohes kulturelles und identitätsstiftendes Erbe zu bewahren, um die Bürgerbeteiligung am Schicksal der gegenwärtigen und zukünftigen Stadt zu fördern.

Der Hadrian-Preis wird seit 1988 jährlich an „eine angesehenen Persönlichkeit in Anerkennung ihrer Führungsrolle bei der Förderung des Verständnisses, der Wertschätzung und der Bewahrung des Welterbes“ verliehen. (Granma)

ERFOLGVERSPRECHENDER KUBANISCHER IMPFSTOFF GEGEN LUNGENKREBS

Mehr als 5.000 kubanische Patienten wurden mit dem therapeutischen Impfstoff Cimavax-efg gegen fortgeschrittenen nicht-kleinzelligen Lungenkrebs behandelt, den tödlichsten und häufigsten bösartigen Tumor dieses lebenswichtigen Organs.

Die Anwendung des von Spezialisten des Zentrums für Molekulare Immunologie (CIM) geschaffenen Medikaments zeigt ermutigende Ergebnisse, da es das Krebswachstum stoppt und die Überlebenszeit der Patienten bei verbesserter Lebensqualität erhöht. Außerdem weist es geringe Toxizität und eine angemessene Toleranz auf, da es keine unangenehmen Nebenwirkungen wie bei Chemotherapie und Strahlentherapie verursacht.

Frau Dr. Tania Crombet Ramos, Forscherin an dieser Einrichtung der Unternehmensgruppe BioCubaFarma, sagte gegenüber Granma, dass der Impfstoff intramuskulär verabreicht werde und sein hohes Maß an Sicherheit es ermögliche, ihn auf der Ebene der primären Gesundheitsversorgung anzuwenden.

Im Jahr 2008 wurde ihm seine erste Registrierung im Gesundheitswesen Kubas durch das Staatliche Kontrollzentrum für Medikamente und medizinische Ausrüstungen und Geräte (CECMED) gewährt, während es gegenwärtig bereits in Argentinien, Kolumbien, Peru, Paraguay, Bosnien-Herzegowina und Kasachstan registriert ist.

Vom Standpunkt des geistigen Eigentums aus brachte die Entwicklung des erfolgversprechenden Produkts zwei Patente hervor, von denen eines in 80 Ländern bis 2028 in Kraft sein wird, einschließlich in Europa und den Vereinigten Staaten.

Derzeit werden mehrere klinische Studien mit Cimavax-efg in Institutionen in Europa, Asien und den Vereinigten Staaten vorgenommen. In letztgenanntem Land finden sie am Roswell Park Cancer Institute, New York, statt.

Wie Dr. Tania Crombet hervorhob, beinhalten die Projektionen des Impfstoffs die Umsetzung neuer Forschungen, die darauf gerichtet sind, die Auswirkungen seiner Verwendung in Kombination mit verschiedenen gegen Lungenkrebs registrierten Medikamenten zu bewerten und das Potenzial für den Einsatz an anderen Lokalisierungen von Tumoren sowie in früheren Stadien der Krankheit einzuschätzen.

Das am 5. Dezember 1994 von Fidel gegründete CIM ist in erster Linie der Entwicklung neuer Medikamente gegen Krebs und Autoimmunerkrankungen gewidmet und gründet sich auf das Konzept des kompletten Zyklus von Forschung, Produktion und Vermarktung. (Granma)

ERFOLGE BEI DEN OLYMPISCHEN JUGENDSPIELEN

Bei den 3. Olympischen Spielen der Jugend, die vom 6. bis 18. Oktober in Buenos Aires ausgetragen wurden, war Kuba mit 17 Sportlern vertreten.

Die Ringerin Milaimys Marin (73 kg) und die Diskuswerferin Melany Matheus erkämpften die ersten beiden Goldmedaillen für Kuba. Das dritte Gold holte der Weitspringer Lester Lescaj, der auch einen neuen Wettkampfrekord aufstellte.

Am vorletzten Tag der Jugendspiele gewann der Dreispringer Jordan Díaz die vierte Goldmedaille für Kuba. Er übertraf zwei Mal die 17-Meter-Marke und lag weit vor den anderen 15 Konkurrenten.

Wie sein Trainer Ricardo Ponce sagte, hatte sein Schützling nach

einer Ruhepause nach den Wettkämpfen im Sommer erst wieder vier Wochen trainiert. Das Besondere an diesem Wettkampf bestand darin, dass sie seinen Anlauf auf sieben Schritte reduziert hatten. Jordan Díaz war U18-Weltmeister von Nairobi 2017 und U20-Weltmeister von Tampere 2018 und hat bisher jeden Wettkampf in seiner Kategorie gewonnen.

Bronzemedailien errangen die Judokämpferin Nahomys Acosta (52 kg) und die Hammerwerferin Alegna Osorio. Mit dieser Ausbeute übertraf die kubanische Delegation das Ergebnis bei den letzten Spielen von Nanjing, China, 2014, als Kuba zwei Goldmedaillen und je eine Silber- und Bronzemedaille erkämpft hatte. (Granma)

KUBA IN DEN AUGEN JUNGER KUNSTSCHAFFENDER

Die Delegierten des 3. Kongress des Verbandes Hermanos Saiz (AHS) einigten sich auf die Umsetzung einer Reihe von Vereinbarungen mit dem Ziel, die Kunstprojekte junger Künstler zu fördern und die Resonanz ihrer innovativsten und originellsten Konzepte im ganzen Land zu erhöhen.

Während der Abschlussveranstaltung gaben die Vertreter der verschiedenen Ausschüsse die Ergebnisse ihrer Sitzungen bekannt und wiesen darauf hin, dass der Verband seine Arbeit als reflektierende, zeitgenössische und kritische Plattform beibehalten müsse, die zur Transformation der kubanischen Gesellschaft beitrage.

Die Weiterbildung junger Vertreter der darstellenden Künste zu verstärken, indem Workshops geschaffen werden, die die Entwicklung der jungen Theaterschaffenden fördern, die rechtlichen Verfahren zum Mieten ungenutzter Räumlichkeiten zu studieren und alternative Management- und Produktionsmodelle zu studieren und zu fördern, waren einige der Vorschläge der Delegierten.

Auf der Tagung der Jugendorganisation wurde auch die Schaffung von Stipendien zur Förderung der kuratorischen Entwicklung der zeitgenössischen kubanischen Kunst beschlossen, ebenso, die Studien zu den Äußerungen der zeitgenössischen Kunst in Lateinamerika und der Karibik auszuweiten und die Vorstellung von Skulptur- und Wandbilderprojekten einzuberufen.

Die Kunstschaaffenden sprachen sich auch für das verstärkte Mitwirken der Mitglieder der AHS in der Kommunikationspolitik aus.

Einer der wiederholten Vorschläge auf dem Kongress war die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die Künstler an der Gestaltung der rechtlichen Vorschriften für das Kunst- und Kulturschaffen teilnehmen, was im Detail in eine der Vereinbarungen aufgenommen wurde. Ebenfalls wurde beschlossen, im Pavillon Kuba regelmäßig hochwertige Veranstaltungen für jedes Publikum durchzuführen und die Identität und die Erhaltung des kulturellen Erbes zu verteidigen. (Granma)

KUBA FÖRDERT STROMERZEUGUNG DURCH BIOMASSE

Kuba fördert die Energieerzeugung durch Biomasse mit dem Bau einer Anlage, die im Agrarindustriekomplex Ciro Redondo in Ciego de Ávila pro Tag 60 Megawatt (MW) Strom erzeugen kann.

Dem Leiter der Logistik- und Handelsabteilung der Baufirma Biopower S.A., Armando Urquiola, zufolge könnte die Bioelektrizitätsanlage Mitte nächsten Jahres fertiggestellt sein. Nach einem notwendigen Prozess zur Absicherung der Logistik sei das Projekt mittlerweile in der Lage, das auf 1.500 Tonnen Biomasse geschätzte Rohmaterial zu liefern, berichtet Prensa Latina.

Um invasive Pflanzen wie Marabu zu nutzen und in Elektrizität umzuwandeln, war es notwendig, spezifische Maschinen zu konstruieren, die Biopower (ein gemischtes Unternehmen mit britischer, chinesisches und kubanischer Beteiligung) aus Deutschland importierte, erklärte der Vertreter.

Die Ausrüstung, die bereits in Camagüey verwendet wurde und mit der es möglich war, Marabu-Biomasse an den Agrarindustriekomplex Ignacio Agramonote für die Zuckerraffination zu liefern, ist in der Lage, das Feld vom Furchen und Säen bereit zu hinterlassen.

Laut der Führungskraft sparen drei Tonnen Biomasse aus Bagasse zu deren Umwandlung in Elektrizität dem Land die Kosten von einer Tonne Heizöl. Wie die Behörden des Sektors ankündigten, soll Biomasse 14 Jener 24 Prozent erneuerbarer Energien ausmachen, die Kuba bis 2030 erreichen will. (Granma)

KUBAS U23-VOLLEYBALLER KONTINENTALMEISTER

Beim 4. Panamerika Cup U23/männlich, der in Guatemala ausgetragen wurde, besiegten Kubas Volleyballer im Finale das mexikanische Team mit 3:0.

Im Endspiel waren mit je 10 Punkten José Masso und Miguel Gutierrez die kubanischen Topscorer, während Miguel Sarabia mit 7 Punkten für Mexiko am erfolgreichsten war.

Gastgeber Guatemala gewann Bronze gegen Nicaragua durch einen 3:1 Erfolg.

Bei der Auflage 2016 in Mexiko hatte Argentinien Gold gewonnen, Kuba Silber und Chile Bronze. Kuba wiederum wiederholte den Erfolg aus dem Jahr 2014, als es vor Mexiko und der Dominikanischen Republik den Titel errungen hatte. (PL) •